

# Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

## Dreijähriges Moratorium?

Ein angeblich französisch-englischer Plan

### Schritte in Washington

Paris, 30. Dezember.

Der englische Finanzsachverständige, Leith Roß, wird Ende dieser Woche in Paris erwartet, wo die französisch-englischen Verhandlungen über die Reparationsfrage wieder aufgenommen werden sollen. Nach der französischen Presse zu urteilen, haben die nach Weihnachten auf diplomatischem Wege geführten Besprechungen bereits zu einer weitgehenden Annäherung der beiderseitigen Auffassungen geführt. Der Londoner Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“ kündigt die großen Linien der Regelung an, über die sich England und Frankreich einig werden würden, soweit diese Einigung nicht bereits geschehen sei. Nach diesem Programm soll Deutschland ein Moratorium von dreijähriger Dauer anerkannt werden. Der ungeschützte Teil soll fortlaufend an die BIZ. gezahlt werden, und von dort aus in Form eines französischen Kredits an die Reichsbahn zurückerstattet werden. Als Gegenleistung soll die Reichsregierung sich verpflichten, sowohl an Frankreich als auch an einige französische Vasallenstaaten, wie Rumänien und Südslawien, Sachlieferungen in geringem Umfang durchzuführen.

Nach Ablauf des dreijährigen Moratoriums soll die Zahlungsfähigkeit Deutschlands erneut geprüft werden.

Die Reichsregierung soll sich außerdem verpflichten, mit den amerikanischen, englischen und französischen Banken sowie mit den übrigen Gläubigern von Privatschulden ein Abkommen zu tätigen, das die stoffweise Rückzahlung der kurzfristigen Kredite

vorsieht. Die Gläubigermächte Deutschlands ihrerseits sollen gegenüber Amerika die notwendigen Schritte unternehmen, um die amerikanische Regierung davon zu überzeugen, daß ihre Unterstützung zur Wiederaufrichtung der europäischen Wirtschaft eine parallele Herabsetzung der internationalen Schulden unbedingt notwendig mache. Auch der „Petit Parisien“ unterstreicht, daß man in englischen Kreisen den Gedanken einer endgültigen Neuregelung der Reparationen aufgegeben habe. Die französische These von einer provisorischen Einigung habe sich vielmehr auch in London durchgesetzt, weil sie angesichts der amerikanischen Haltung am besten den Notwendigkeiten der augenblicklichen Lage ent-

spreche. Auch die Meinungsverschiedenheiten, die vor einigen Wochen über den Vorrang der kurzfristigen Kredite vor den Reparationen und umgekehrt aufgetaucht seien, seien auf bestem Wege beigelegt zu werden. Angesichts der Vorschläge der Baseler Sachverständigen, so schreibt das Blatt, verliere diese Frage sehr viel an Bedeutung und ihre Weiterbehandlung werde in Anbetracht des neuen Moratoriums, das man Deutschland gewähren wolle, zum mindesten vorläufig verschoben werden können.

### „Noch nicht ausgereift“

TU. London, 30. Dezember.

Der Pariser Korrespondent der „Times“ berichtet, daß die Gerüchte von einem englisch-französischen Einverständnis über die Abrüstung nach vorseitig seien, da die französische Regierung ihre in Genf zu verfolgende Politik noch nicht endgültig festgelegt habe und auch die englischen Entschlüsse noch nicht ausgereift seien. Darauf sei auch die Verzögerung in der Abreise des Finanzsachverständigen, Leith Roß, nach Paris zurückzuführen.

### Mobilmachung!

Von Kurt Rosenfeld

Seit den letzten Reichstagswahlen schwebt über dem deutschen Proletariat die ungeheure Gefahr des Eintritts der Nationalsozialisten in die Reichsregierung. Eine Gefahr, die noch dadurch vergrößert wird, daß sogar schon in der Arbeiterschaft die Auffassung zu finden ist: Hitlers Machtergreifung ist unvermeidlich.

Die Gefahr, daß der Nationalsozialismus ans Ruder kommt, ist gar nicht groß genug einzuschätzen. Denn, wenn die Hitlerianer erst einmal in den Ministeresseln sitzen, wenn sie von der Reichskanzlei aus legal über die Reichswehr und — auf dem Wege über den Artikel 48 — über die Schutzpolizei der Länder verfügen, wenn sie auch SA und SS legalisieren können, dann wird die Möglichkeit eine recht geringe sein, dies Regiment als bald wieder zu beseitigen.

Deshalb läuft es geradezu auf Verdrängung der Arbeiterklasse hinaus, wenn man sich auf den Tag nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten einstellt, wie es vielfach in der kommunistischen Presse geschieht, und wenn man den Einsatz der dem Proletariat zur Verfügung stehenden Kampfmittel auf den Zeitpunkt verschiebt, an welchem die Nationalsozialisten abgewirtschaftet haben werden.

Jedes Ausweichen stärkt nur die Siegeszuversicht des vorwärtsdringenden Feindes.

In dem üblichen Sinne des „Abwirtschaffens“ einer politischen Partei wird man bei den Nationalsozialisten nicht so schnell rechnen können. Auch wenn sie die Wirtschaftskrise nicht beseitigen, auch wenn sie die Arbeitslosigkeit nicht zu mindern vermögen, selbst, wenn sogar der größte Teil der heutigen Hitler-Anhänger erkannt haben wird, daß „das Dritte Reich“ ein Phantom ist, wird der Faschismus noch lange nicht abdanken. Er wird sich, einmal zur Macht gelangt, in dieser Position behaupten, so lange sein Gewaltregiment noch über die zur Niederhaltung des Proletariats nötige Anzahl Bajonette verfügt. Das Beispiel Mussolinis beweist dies unwiderleglich.

Mag sein, daß zwischen der Regierung Brüning-Groener und der Regierung Brüning-Hitler kein großer Unterschied ist. Schon die jetzige Regierung stützt sich auf den Ausnahmezustand. Aber der Ausnahmezustand Hitlers wird die Arbeiterschaft noch viel schwerer treffen als der Ausnahmezustand Brünings. Und deshalb nötigt jede weitere Rechtsentwicklung des Reichskabinetts zu noch schärferer Stellungnahme gegen die Regierung.

Die Sozialdemokratische Partei hat zwar erkannt, daß sie Hitler nicht an die Regierung lassen dürfte. Sie hat sogar ihre verhängnisvolle Tolerierungspolitik gerade von diesem Gesichtspunkt begründet. Aber sie hat mit dieser Haltung geradezu das Gegenteil von dem erreicht, was sie erreichen wollte: Sie hat dadurch erst die Tatsachen geschaffen, welche die sich immer steigenden Siege der Nationalsozialisten bei den Wahlen der letzten Zeit zur Folge hatten. Niemand kann glauben, daß das Zem-

## Das Proletariat zahlt die Zeche

Stillelegung auch der oberschlesischen Borsigwerke?

WTB. Beuthen O/S., 29. Dezember.

Nach einer Mitteilung der Verwaltung hat die oberschlesische Borsigwerk A.-G. sich entschlossen, sämtlichen Angestellten ihres Hüttenwerkes vorsorglich zu kündigen. Diese Maßnahme wird damit begründet, daß der Auftragseingang bei der Hütte in der letzten Zeit ständig zurückgegangen ist und die Aussichten für die Entwicklung des Absatzes in der nächsten Zukunft völlig unklar seien. Die Gesellschaft müsse daher für die Bemessung des Betriebsumfanges auch bei Personalausgaben völlig freie Hand haben. Die

Grube und die Kokerei der Borsigwerk A.G. werden von dieser Maßnahme nicht betroffen.

Die von uns sofort nach der Zahlungseinstellung des Tegeler Borsigwerks ausgesprochene Vermutung, daß diese auch die anderen Unternehmungen des Borsig-Konzerns in Mitleidenschaft ziehen werde, findet jetzt eine beunruhigende Erfüllung. Die oberschlesische Borsigwerk A.-G. bildet das größte Glied im Konzern und wenn dieses Unternehmen jetzt „vorsorglich“ zur Kündigung

seiner Angestellten übergeht, so ist dies ein weiterer Beweis für die tiefgehende Erschütterung des Borsig-Konzerns. Das oberschlesische Werk beschäftigt zur Zeit rund 4000 Personen und es muß befürchtet werden, daß die Kündigung, die bis jetzt nur für die Angestellten ausgesprochen worden ist, bei diesen nicht haltmacht, sondern das gesamte Werk zur Stillelegung gelangt, oder aber daß zunächst der Versuch unternommen wird, das Werk durch radikale Gehalts- und Lohnsenkungen zu sanieren. Darauf würde vor allem die Bemerkung verweisen, daß die Gesellschaft „für die Bemessung des Betriebsumfanges auch bei Personalausgaben völlig freie Hand haben“ müsse.

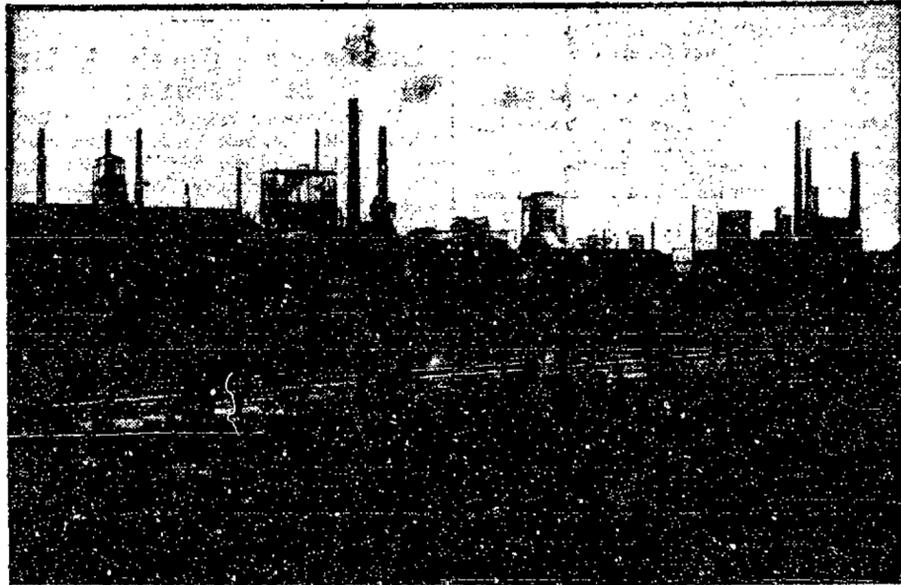
### Entlassungen auch bei der Gute-Hoffnungs-Hütte

WTB. Oberhausen, 30. Dezember.

Die Verwaltung der Gute-Hoffnungs-Hütte hat dem Regierungspräsidenten Düsseldorf angezeigt, daß sie sich infolge der verschlechterten Wirtschaftslage zu einer weiteren Einschränkung ihrer Betriebe genötigt sieht und deshalb Entlassungen bei der Arbeiterschaft vornehmen muß. Von dieser Maßnahme werden 950 Bergleute und außerdem 35 Beamte und Angestellte betroffen.

Die Broschüre Trotzki's, aus der wir gestern einen kurzen Abschnitt veröffentlicht haben, ist zu beziehen vom Verlag A. Grylewicz, Berlin-Neukölln, Brunsendorfer Str. 23.

Gemeindegetränksteuer in Bremen. Der Bremer Senat hat die Einführung der Gemeindegetränksteuer beschlossen. Die Einführung erfolgt auf dem Verordnungswege zum 1. Januar 1932.



Aufnahme von den oberschlesischen Borsigwerken

trum oder gar Herr Groener die Nationalsozialisten noch lange von der Reichskanzlei fernhalten werden.

Also müssen stärkere Mauern gegen Hitler aufgerichtet werden.

Auf parlamentarischem Boden sind solche Hindernisse nicht zu schaffen. Denn der Reichstag ist zum Schatten herabgesunken. Er tritt höchstens noch zusammen, um sich wieder zu vertagen.

Außerhalb des Parlaments ist eine der wichtigsten Waffen des Proletariats die Arbeitsverweigerung. Eine Waffe, die auch in Krisenzeiten ein taugliches Kampfmittel sein kann, ja sein wird, wenn die Arbeiterschaft nur in der Anwendung dieser Waffe einig ist.

Deshalb kommt jetzt alles darauf an, der Arbeiterschaft die Waffe des Generalstreiks in die Hände zu legen.

In den Betrieben haben die Nationalsozialisten nicht annähernd die Bedeutung wie bei den Parlamentswahlen. Die Millionstimmen der Nationalsozialisten sind ein Spuk, der verfliegt wie der Sand vor dem Wind, wenn das Proletariat sich von der Arbeiterhebt.

\*

Gewiß wird heute der politische Massenstreik nicht so leicht zum Erfolg führen wie bei der Bekämpfung des Putsches von 1920.

Der Sieg wird gegen Hitler weit schwerer errungen werden, als er gegen Kapp-Lüttwitz erkämpft wurde.

Doch wird auch dieser Sieg sicher sein, wenn die Arbeiterschaft erkennt, daß sie nur die Wahl hat:

Entweder den Kampf aufzunehmen unter viel ungünstigeren Umständen nach dem Eintritt der Nationalsozialisten in die Reichsregierung,

oder Hitler den Fehdehandschuh hinzuwerfen, wenn sich ihm die Türen zur Reichsregierung erst auftun.

Die heute noch amtierende Reichsregierung und die sie unterstützenden oder tolerierenden Parteien sollen wissen:

Ein Pökt mit Hitler ist das Signal zum Generalstreik und zu allem, was auf einen solchen notwendig folgen muß.

Hitler soll wissen: Der erste Schritt in die Reichskanzlei alarmiert die Arbeiterschaft, in den Generalstreik zu treten.

Hitler vor den Toren d. h. Alarm.

Hitler in den Toren d. h. Kriegsfall.

Die Tolerierung der Regierung Brüning ist für die wirklich sozialistische Arbeiterschaft unerträglich.

Eine Tolerierung Hitlers ist unmöglich, unmöglich auch nur für einen einzigen Augenblick.

\*

Würde Hitler einen Putsch versuchen und mit Gewalt in die Wilhelmstraße eindringen: das deutsche Proletariat würde wissen, was es zu tun hat.

Wenn die Gewaltanwendung nicht so deutlich wird, wenn andere weniger gewaltsame Mittel den Nationalsozialisten die Tore der Reichskanzlei öffnen, ist die Wirkung ihrer Machtergreifung dieselbe.

Und deshalb wäre es falsch, gegen den Faschismus je nach der verschiedenen Art der Eroberung der Regierung verschiedene Mittel anzuwenden.

In jedem Falle ist es Aufgabe der Sozialistischen Arbeiterpartei, über alle Parteigrenzen hinweg das deutsche Proletariat aufzurufen, sich auf den Generalstreik vorzubereiten.

Die Sozialistische Arbeiterpartei hat noch nicht die Macht, selbstständig einen solchen Streik durchzuführen.

Aber keine Gewerkschaftsversammlung mehr, keine Betriebsversammlung mehr, keine Zusammenkunft von Arbeitern mehr, ohne daß unsere Genossen

von der Arbeiterschaft das Gelöbnis fordern,

in dem Augenblick, da Hitler sich anschickt, im Reich auch nur ein Zipfelchen der Macht zu ergreifen,

den Generalstreik auszurufen und ihn durchzuführen, bis Hitler zurückgeschlagen und der Sieg errungen ist.

## Ordnungs-Preußen

Auf Veranlassung des preußischen Justizministeriums hat der Polizeipräsident von Berlin für den Bereich des Freistaates Preußen das Buch des Antimilitaristen Ernst Friedrich „Festung Gollnow“ beschlagnahmt und eingezogen.

Interessant ist, daß die Kommunisten sich scharf gegen das Buch gewandt.

Im übrigen hat sich außer Preußen keine einzige Landesregierung zum Einschreiten genötigt gesehen. Die Sozialdemokraten sorgen eben für Ordnung...

# Durch gemeinsamen Kampf zur Einheit!

## Die KPO nimmt das Angebot der Sozialistischen Arbeiterpartei an

Die Reichsleitung der KPD-O. hat auf die Forderung des Parteivorstandes der Sozialistischen Arbeiterpartei nach gemeinsamen Versammlungen erfreulicherweise eine zustimmende Antwort gegeben. Wir entnehmen dieser Antwort das folgende:

„Die KPD-O. ist bereit, sich an den von euch vorgeschlagenen gemeinsamen Kundgebungen zu beteiligen...“

Die Abhaltung von gemeinsamen Kundgebungen und Protestversammlungen ist sehr wichtig, aber sie genügen nicht. Sie sollen vielmehr der Anfang und Auftakt der kämpfenden Einheitsfrontorgane der Arbeiterklasse werden und zur Organisation und Durchführung außerparlamentarischer Massenaktionen ausgewertet werden.

Wir machen die Schaffung solcher Einheitsorgane der Arbeiterklasse, die den ersten praktischen Schritt darstellt zum Zusammenschluß der in verschiedene Parteien und Gruppen gespaltenen Arbeiterschaft, nicht davon abhängig, daß sich diese Organe unserer Führung unterstellen. Die in den Klassenwehren und Kartellen zum Kampf gegen Faschismus und Kapitaloffensive vereinigten Arbeiter müssen sich die ihrem Kampfwillen entsprechende Führung selbst wählen. Wir versprechen volle Aktionsdisziplin zu halten und erwarten das auch von allen anderen angeschlossenen Organisationen. Das schließt scharfe grundsätzliche Kritik nicht aus, sondern macht sie zur Voraussetzung der siegreichen Abwehr.“

Wir stimmen dieser Auffassung durchaus zu. Auch wir haben von vornherein darauf aufmerksam gemacht, daß diese Kundgebungen nur ein Anfang sein können, nur der erste Schritt auf einer Bahn, an deren Ende die Einheit des Proletariats im revolutionären Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft steht. Um dieses Zieles willen ruft die SAP die Arbeiter zum ersten Schritt. Und darum schreiben wir in dem Begleitartikel zum dem Offenen Brief unseres Parteivorstandes schon am 24. Dezember:

„... all das wird die Kraft der Arbeiterklasse steigern, wird die Voraussetzung weiterer, schwerer wiegender gemeinsamer Aktionen schaffen, die schließlich hineinmünden müssen in die revolutionäre Aktion der ganzen Klasse... die Aktion, die jetzt von der Sozialistischen Arbeiterpartei eingeleitet worden ist, ist ein erster Schritt — kein letzter. Sie soll die Kraft zeugen, den zweiten Schritt schon weiter wagen zu können.“

Wenn die Antwort der KPO in dem Offenen Brief der SAP „die Forderung des Kampfes gegen den Faschismus vermißt, so ist das unverständlich. Es scheint, man hat mit aller Gewalt etwas gesucht, was man bemängeln könne. Denn der Offene Brief der SAP bezeichnet ausdrücklich die ganze von ihr vorgeschlagene Aktion als ein Mittel des Kampfes gegen den Faschismus. Wörtlich heißt es im Offenen Brief des SAP-Vorstandes:

„Um diesen einheitlichen Willen der Arbeiterklasse herbeizuführen und ihre Abwehrkraft gegen die durch die letzte Notverordnung herbeigeführte Steigerung der wirtschaftlichen Not und die immer drohende Gefahr des Faschismus zu stärken, schlagen wir euch eine gemeinsame Aktion sämtlicher Arbeiterorganisationen vor.“

Wenn die KPO-Führung weiter die Schaffung überparteilicher Klassenwehren fordert, so steht hier der Vorstand der SAP aus guten Gründen, die hier ausführlich dargelegt wurden, auf einem anderen Standpunkt.

Unsere Genossen werden nun überall, wo KPO-Ortsgruppen bestehen, an diese, sowie an alle anderen proletarischen Massenorganisationen — auch die, deren Zentralen nicht oder ablehnend geantwortet haben — herantreten müssen, um schnellstens die gemeinsamen Kundgebungen zustande zu bringen.

\*

## Die Sabotage der SPD

Die Sabotage der SPD-Führung an den von der SAP vorgeschlagenen gemeinsamen Kundgebungen nimmt allmählich groteske Formen an. In der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 29. Dezember finden sich — versteckt in einem gegen die KPD gerichteten Artikel, folgende Zeilen:

„Neulich richtete eine Gruppe — der freilich die Legitimation dazu fehlt, weil sie selbst Spaltung treibt — an verschiedene Arbeiterorganisationen eine Aufforderung zu gemeinsamem Vorgehen. Jetzt antwortet die „Rote Fahne“ auf diese Eingangsaktion, indem sie die Einladenden Betrüger nennt, und sich über den Vorschlag, mit Leipart, Severing, Breitscheid usw. gemeinsam zu demonstrieren, lustig macht.“

Also der Haß gegen die SAP — ein Haß, den wir verstehen! — geht bei der Leitung der SPD so weit, daß sie ihren Lesern nicht einmal den Namen der „Gruppe, die an verschiedene Arbeiterorganisationen eine Aufforderung zu gemeinsamem Vorgehen richtete“, mitteilt, ja nicht einmal erwähnt, daß diese Aufforderung auch an die SPD gerichtet wurde. Das dürfen die Mitglieder der SPD nicht wissen! Um so notwendiger ist es, daß unsere Genossen überall die SPD-Mitglieder darüber unterrichten! Beim „Vorwärts“ bleibt wieder nur — wie im Fall der Berliner Gasarbeiter — das hässliche Behagen darüber, daß auch die KPD die einheitliche Aktion der Klasse sabotiert. Eine traurige Einheitsfront der Verderber der Arbeiterklasse, diese SPD- und KPD-Bürokratie! Und diese Leute wollen einem ehrlichen SPD-Arbeiter, der zur SAP

kommt, weil er die SPD-Sabotage des einheitlichen Kampfes der Proletarier gegen den Kapitalismus nicht mehr mitmachen will, den Vorwurf machen, er „treibe Spaltung“? —

Trotz allem aber werden unsere Genossen überall versuchen müssen, auch die Ortsgruppen der SPD zur Teilnahme an den gemeinsamen Kundgebungen zu gewinnen.

\*

## Kommunistische Pläne an der Ruhr?

Soll wieder eine Aktion verdorben werden?

Essen, 29. Dezember.

Die schwerindustrielle „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ bringt in ihrer Morgenausgabe vom 30. Dezember einen längeren Artikel über „kommunistische Arbeit an der Ruhr“. In diesem Artikel führt das Blatt u. a. aus, der kommunistische „Zentrale Kampfausschuß der Ruhrarbeiter“ wende sich in einem Aufruf an die gesamte Ruhrarbeiterschaft mit der Aufforderung, den umfassenden Massenstreik der Betriebe auf breiter Basis vorzubereiten. Auf vielen Werksanlagen hätten in den letzten Tagen Mitgliederversammlungen der revolutionären Organisationen getagt, um die Vorbereitungsmaßnahmen zu treffen. Am Abend des 1. Januar

# Sozialismus — wohin wir blicken?

## Theoretische Vergoldung des SPD-Bankrotts

Nach Erscheinen der Notverordnung vom 8. Dezember äußerte im Haushaltsausschuß des Reichstags der Finanzminister a. D. Dr. Hilferding bereits die erstaunliche Auffassung, daß in ihr sozialistische Grundsätze verwirklicht seien. Diese Meinung wird jetzt wissenschaftlich fundiert durch den — ehemals linken — Theoretiker der Partei, Dr. Alfred Braunthal. In einem Artikel in der SPD-Presse unter der Überschrift „Wohin führt der Weg?“ stellt er fest, daß er seit der Kreditkrise unaufhaltsam zum Sozialismus führt.

„Vor der Kreditkrise befanden wir uns — das muß ganz offen ausgesprochen werden — in einer ausgesprochen rückläufigen Bewegung“. Die Unternehmer sahen, wie Braunthal weiter ausführt, den Augenblick gekommen, um gegen den „marxistischen“ Einfluß in der Wirtschaft vorzugehen. „Die Sozialversicherung schien (!) in ihren Grundfesten zu wanken“. Aber als Geschenk für die Sozialisten schickte der Himmel plötzlich im Juni die Kreditkrise: „Der Ausbruch der Kreditkrise verwandelte mit einem Schlage die ganze Szenerie.“ Das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Staat wurde „grundsätzlich und faktisch“ verschoben durch die Kreditkontrolle. „Damit wurde dem Staat mit einem Schlag und eigentlich gegen seinen Willen die Verfügungsgewalt über einen großen Teil der deutschen Industrie- und Handelswirtschaft in die Hand gespielt.“ Den „in einem bisher innerhalb des kapitalistischen Systems nie gekannten Ausmaß“ erfolgten Einbruch in alle entscheidenden Wirtschaftsbeziehungen erblickt Braunthal ferner in den durch die Notverordnung eingeführten zwangsmäßigen Zinssenkungen. Aber der Höhepunkt der Braunthalschen Deduktion wird doch erreicht in folgenden Sätzen:

„Das moderne Arbeitsrecht ist noch verhältnismäßig jung. Aber auch hier hätte man es nie für möglich und mit den Grundsätzen eines Rechtsstaates für vereinbar gehalten, daß der Staat sämtliche bestehenden Tarifverträge von sich aus ohne Zustimmung beider Vertragsparteien in einem entscheidenden Punkt ändert und einen bestimmten Ablauftermin diktiert.“

Die grundsätzliche Bedeutung dieser Dinge erblickt Braunthal darin, daß an die Stelle der von den bürgerlichen Wirtschaftlern geforderten Wiederherstellung der freien Wirtschaft Bindungen von „bisher nie gekannter Strenge“ getreten sind. Damit hat sich „mit sieghafter Stärke“ das Gesetz der geschichtlichen Logik erfüllt.

Wenn Worte einen Sinn haben, dann meint Braunthal: die Kreditkrise ist in Deutschland der Hebel geworden, durch den die Wirtschaftsform des Sozialismus in Bewegung gesetzt wurde, denn sie hat zu staatlichen Eingriffen geführt.

Der grundsätzliche Fehler in Braunthals Darlegungen besteht in seiner schematischen Gleichsetzung von staatlichen Eingriffen und sozialistischem Fortschritt. Kaum je gab es in der Geschichte ein deutlicheres Beispiel für die Fehlerhaftigkeit dieser Gedankengänge: der Eingriff des Staates ist erfolgt. Aber zu dem einzigen Zweck und mit dem einzigen Ergebnis der

Beseitigung der in der Demokratie verankerten Rechte der Arbeiterschaft,

die zu einem Ansatzpunkt sozialistischer Gestaltung werden konnten. Mit der Zerstörung des Tarifrrechts, in der Aussetzung der Betriebsratswahlen zunächst für ein Jahr, in der Durchlöcherung der Arbeitslosenversicherung, über die die

solle eine „Alarmsitzung“ aller revolutionären Organisationen abgehalten werden. Der eigentliche Streik werde wahrscheinlich am 2. Januar beginnen. Besondere Aufmerksamkeit solle der Arbeit innerhalb der freien und der christlichen Gewerkschaften gewidmet, für den 1. Januar solle ein Mieterstreik proklamiert werden. Ferner komme in Frage die Bildung von sogenannten Erwerbslosenstaffeln zum Schutz der Streikenden. Auch sei vom 2. Januar an der Besuch der Wohlfahrtsämter und Rathäuser geplant.

Selbstverständlich darf man die schwerindustrielle Quelle dieser Meldung nicht übersehen. Da aber dank der politischen und organisatorischen Unfähigkeit der KPD-Leitung ihr ganzer Apparat mit Spitzeln durchsetzt ist, so wird die Meldung des großkapitalistischen Blattes wahrscheinlich so ziemlich stimmen. Dann aber zeigt sich von neuem die politische Unfähigkeit der kommunistischen Führung. Aus der richtigen Erkenntnis, daß die Arbeiterklasse aktiviert werden muß, wird der falsche Schluß gezogen, daß man diese Aufgabe mit einer neuen isolierten Parteikampagne lösen könne. Die wichtigste Vorbereitung für den wirklichen Erfolg einer solchen Aktion ist wie immer versäumt worden: Wenigstens den Versuch zu machen, die Massenorganisationen des Proletariats zur Aktion mit heranzuziehen.

Reichsanstalt diktatorische Vollmachten erhalten hat, in den Millionenkrediten, die der Staat ohne jede parlamentarische Kontrolle, und ohne sich irgendwelche Mitbestimmungsrechte zu sichern, den Banken und Industrieunternehmen gewährt hat, ist genau das Gegenteil von dem geschehen, was Braunthal und mit ihm ein großer Teil der Sozialdemokratie und der Freien Gewerkschaften darin erblicken. Tatsächlich ist durch die ganze oder teilweise Außerkraftsetzung des Tarif- und Betriebsräterechts der Weg gebnet worden zu der

Stabilisierung der kapitalistischen Diktatur nach faschistischem Muster.

Es kann für die Arbeiterschaft in diesem Augenblick keine größere Gefahr geben als die Verbreitung jener falschen Ideologie, wie sie durch Braunthal und seine Freunde erfolgt, der Auffassung, daß jeder staatliche Eingriff ein Stück Wegs zum Sozialismus bedeutet, daß die Arbeiterschaft sich also — unter höheren Gesichtspunkten — auch über zwangsmäßige Lohnreduktionen, über Millionen, die aus Steuermitteln in die Hände der Kapitalisten fließen, noch zu freuen hätte — weil sie als „wichtiger Hebel zur Umwälzung der Wirtschaftsverfassung“ werden können.

Als Marxisten wissen wir, daß jede Gesellschaftsordnung bereits die Elemente der künftigen in sich trägt — nur müssen sie von der Arbeiterklasse in Freiheit gesetzt werden! Wir wissen auch, daß der Weg der Dialektik sich nicht in dem Sinne automatisch vollzieht, daß nicht schwere Rückschläge möglich wären. Ein solcher und zwar besonders schwerer bedroht augenblicklich die Arbeiterschaft. Sie muß sich jetzt mehr denn je darüber klar sein, daß wirtschaftliche Ereignisse, wie die Kreditkrise, allein niemals zum Hebel einer neuen Gesellschaftsordnung werden können, wenn nicht der entschlossene und aggressive Wille der Arbeiterschaft sie dazu umformt. Daher heute entschlossener denn je Kampf allen falschen Ideologien und Phantasien, Klärung des Bewußtseins und Umsetzung in organisierten Klassenkampf, der allein fähig ist, die vom Kapitalismus mit Hilfe des bürgerlichen Staates angestrebte Ausnutzung der Wirtschaftskrise zur Etablierung der faschistischen Diktatur zu verhindern und auf den Trümmern der kapitalistischen Wirtschaft das sozialistische System zu errichten.

## Dresdner als Hausbank der Arbeiterbank

Als im Sommer 1931 die Dresdner Bank mit 300 Mill. RM. vom Reich gestützt wurde — angeblich, weil sie nur durch Gerüchte, nicht aber durch effektive Verluste gefährdet war —, wurde auch eine Umbildung des Aufsichtsrats vorgenommen. Bei dieser Gelegenheit trat Geheimrat Bachem von der Arbeiterbank in den Aufsichtsrat der Dresdner Bank ein. Man legte dieser Tatsache weiter keine Bedeutung bei, da man glaubte, damit die Arbeiterschaft zu beruhigen. Nun hört man aber aus Kreisen der Dresdner Bank selbst, daß sich neben der formellen auch eine materielle Neuregelung angebahnt hat: die Dresdner Bank verwaltet jetzt Gelder der Arbeiterbank, wie sie betont, in rein kreditrisikolosem Verhältnis. Kredit hat man also der Arbeiterbank nicht gegeben, sondern nur von ihr genommen. Das heißt praktisch nichts anderes, als daß Herr Bachem das halb staatskapitalistische, halb privatkapitalistische Unternehmen „Dresdner Bank“ für sicherer und solventer hält als sich selbst, da Repräsentanten des Reichstags der Arbeiter

# SIBIRIEN

## Ein neues Industrie-Zentrum der Welt

VON WALTER EHRMANN

Sibirien ist vor dem Kriege dem westlichen Europa bekannt gewesen als ein raues, unwirtliches Land, das durch Mangel an modernen Verkehrswegen in strenge Abgeschlossenheit und Isolierung von der Kulturwelt geraten war und sich aus diesem Grunde vorzüglich zur Zwangsansiedlung von politisch Verbannten und von Verbrechern eignete, die man als Zwangsarbeiter in die Bergwerke oder zum Straßenbau nach Sibirien abschob. Europa wußte wohl von dem Reichtum an Bodenschätzen, von der Fruchtbarkeit der zentralasiatischen Gebiete Sibiriens, aber die Erschließung aller dieser Schätze schien ein für Jahrzehnte unlösbares Problem. Mangel an Verkehr, Mangel an Kanalisation, Mangel an modernen Bewässerungsanlagen, Mangel an Initiative und Mitteln zur Erforschung und Hebung der Bodenschätze, dies alles verließ dem wirtschaftlichen Reichtum Sibiriens einen legendären Charakter, um den sich das aufgeblähte, in der Entwicklung seiner Industrie, in der technischen und kulturellen Entwicklung weit vorausgeeilte Europa und Amerika weiter keine großen Sorgen machten. Sibirien blieb ein Land der ungehobenen Schätze, von dem es sich nicht lohnte, viel zu wissen. Es genügte vollauf, wenn man aus den schönsten Werken der russischen Literatur und aus den vielen Schilderungen verbannter Revolutionäre über den seltsamen Reiz dieses Landes etwas erfuhr, über das Völkergemisch, über die Eigenheiten seiner Bewohner und über die Lage und das Leben seiner Verbannten. Wenn man vor dem Kriege einem europäischen oder gar einem amerikanischen Nationalökonom, der über die primitive sibirische Hausindustrie und über die kleine sibirische Schwerindustrie, die im Jahre 1912 noch nicht 500 Betriebe mit etwa 60 000 beschäftigten Arbeitern zählte, die Nase rümpfte — wenn man diesem Nationalökonom erklärt hätte, daß in demselben Sibirien

### das neue Industriezentrum der Welt

entstehen würde, das berufen ist, einmal Amerika in seiner führenden Stellung abzulösen oder gar zu überflügeln, so hätten die großen Nationalökonom und Geopolitiker der Vorkriegszeit einen solchen Propheten für nicht recht normal angesehen. Heute allerdings ist das Urteil in diesen Kreisen erheblich verändert. Nachdem sie gesehen haben, mit welcher Kraft, mit welcher Energie und mit welchem Ernst die russischen Arbeiter und Bauern an die Erfüllung ihres Fünfjahresplanes herangehen, dieses Planes, den man zuerst als Wahnsinnsplan verlachte, dessen Zusammenbruch man täglich und stündlich voraussagte, hat das sibirische Problem an Interesse erheblich gewonnen.

So gelangte Weihnachten 1929 in Berlin ein Film zur Vorführung, der den Bau einer Eisenbahnlinie zeigte, die Turkestan mit Sibirien verbindet, und der die volkswirtschaftliche Bedeutung dieser Linie für die Entwicklung der Sowjetunion erläuterte. Ein aufwühlendes, mitreißendes, wunderbares, durch die schlichte Beweiskraft wie durch die Wucht seiner Darstellung gleich überzeugendes und erschütterndes Filmwerk. Eine Wiedergeburt des schon totgesagten Kulturfilms. Ein Film, der selbst dem überzeugtesten Gegner des Kommunismus zum Erlebnis werden mußte. Jeder, der diesen Film sehen, ihn erleben durfte, daß hier die gigantische Kraft einer von den Fesseln der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung befreiten Arbeiterklasse im Laufe eines Jahres ein Kulturdenkmal geschaffen hat, das den kühnsten Wirtschaftspionieren des zaristischen Rußland ein weltenferner, für Jahrzehnte unerfüllbarer schöner Traum war...

Vor dem Bau der „Turksib“ besaß das asiatische Rußland an Verkehrswegen die große sibirische Landstraße vom Ural nach Irkutsk, die transkaspische Bahn quer durch die Salzwüste, die Uralbahn und vor allem die große transsibirische Eisenbahn, jene grandiose Strecke des Weltverkehrs, die quer durch ganz Sibirien, Leningrad mit Wladivostok und damit den Atlantischen mit dem Stillen Ozean verbindet. Der Ausbau dieser transsibirischen Eisenbahn soll im Laufe der nächsten Jahre im Zusammenhang mit der Entwicklung des Kohlenbergbaues, mit dem Bau von Kokereien im Kusnetzker Becken und von Hochöfen im Ural erfolgen. Ferner soll der Ausbau eines Netzes von Zufuhrbahnen der Besiedlung weiterer Schwarzerdegebiete zum Weizenbau und der Ausbeutung schier unüberschaubarer Waldgebiete dienen. Die wirtschaftliche Bedeutung der Turkestan-Sibirienbahn heißt, auf eine kurze Formel gebracht: Alle zum Baumwollbau geeigneten Gebiete des russischen Zentralasien sollen ausschließlich der Baumwollherzeugung dienstbar gemacht werden. Versorgung dieser Baumwollzentren mit sibirischem Brotgetreide und dadurch Einsparung der Anbauflächen für Getreide in diesen Gebieten. Zusammen mit der Schaffung großer Bewässerungsanlagen, die die Ernte in den großen Dürre-

perioden schützt, bedeutet die Eröffnung der „Turksib“.

### Unabhängigkeit der russischen Textilindustrie vom Weltmarkt.

Ein großer Sieg des Fünfjahresplanes. Ein schwerer Schlag gegen die amerikanischen Baumwollproduzenten, die auf den russischen Markt nicht verzichten können und deshalb bereits in diesem Jahre planen, ihre Baumwollerte mangels zahlungsfähiger Abnehmer zu verbrennen und so der Vernichtung preiszugeben.

Durch den Ausbau der Flußschiffahrt auf den großen Flüssen Sibiriens, dem Selengax, dem oberen Jenissej, dem Ob, dem Bija, dem Tom, dem Irtsch usw. soll — im Verein mit großen Automobilstraßen — die Mongolei den russischen Wirtschaftszentren angeschlossen und den imperialistischen Märkten im Osten Chinas entzogen werden. Durch den Ausbau des Schifffahrtsweges vom Ob und Jenissej durch das Karische Meer sollen die Mongolei und Sibirien mit den Zentren des Weltverkehrs, mit Hamburg und London verbunden werden.

### Die Hafenstadt Jenissejsk soll ein sibirisches Hamburg werden.

An die Stelle des südlichen Weges um Asien herum nach Westeuropa soll der etwa halb solange nördliche Seeweg treten. Andere Probleme der Industrialisierung Sibiriens sind die rationelle Verhüttung der Erze des mittleren und südlichen Ural, die Versorgung des Ural mit bestem Hochofenkoks, Entwicklung einer vielseitigen Industrie im Kusnetzker-Altai-Gebiet, die Entwicklung der primitiven sibirischen Hausindustrie zu einer modernen Schwerindustrie und schließlich die Ausnutzung der ungeheuren Siedlungsmöglichkeiten in Sibirien.

Der Mittelpunkt aller dieser Pläne ist das sogenannte Altai-Gebiet. Dort findet sich fruchtbarstes Ackerland zum Getreideanbau, das heute noch in ungeheuren Waldsteppen besteht. Dort kommen hunderte Milliarden Tonnen Kohle im Kusnetzker-Becken vor, dort gibt es in ihrem vollen Ausmaß heute noch nicht festgestellte Erzlager bei Telbes und in der Nachbarschaft das zur

Hüttenindustrie erforderliche Zusatzgestein. Dieses Gebiet entspricht dem Sibirai der Russen und wird vielfach als Neusibirien bezeichnet — im Gegensatz zu dem geographischen Begriff Sibirien, der ganz Nordasien vom Ural bis zum Stillen Ozean umfaßt. Dieses Gebiet bietet nach Angaben eines der bedeutendsten Sibirienforscher, Georg Cleinow (Cleinow: „Neusibirien“, Verlag Hobbog Berlin), Beschäftigungs- bzw. Siedlungsmöglichkeiten

für 90 Millionen Menschen.

Der Zentralpunkt dieses Gebietes ist Nowo-Sibirsk, die Hauptstadt Sibiriens, die in kurzer Zeit eine der modernsten und schönsten Großstädte der Welt sein wird.

Ein Teil dieser Pläne wird bereits in dem zweiten Fünfjahresplan der Sowjetregierung seine Verwirklichung finden, der andere Teil soll einem dritten Plan vorbehalten sein und bis zum Jahre 1942 realisiert werden.

(Ein weiterer Artikel folgt.)

## Hier Eiseskälte . . . Kältetod in Persien

Teheran, 30. Dezember.

Persien, das sich gerade von der schlimmsten Choleraepidemie der Neuzeit erholt, wird nun von einem strengen Winter heimgesucht. Die ungeheure Kälte, die eine Rückkehr der Seuche unwahrscheinlich macht, hat in den letzten Tagen viele Todesfälle verursacht.

## . . . dort glühende Hitze Arbeiter fallen um

Melbourne, 30. Dezember.

Am Dienstag stieg die Temperatur in Adelaide in Südastralien auf 49,3 Grad Celsius im Schatten. Es war dies der heißeste Tag seit 70 Jahren. Während der letzten fünf Tage hat die Temperatur täglich 39 Grad Celsius überschritten. Die Polizisten mußten halbstündlich abgelöst werden. In den Fabriken fielen die Arbeiter scharenweise um. Die Tiere im Zoologischen Garten wurden dauernd mit Wasser besprengt. In den Petroleumlagern ließ man Wasser über die Vorräte laufen, um Feuer zu verhüten. Der 59. Jahrestag der Gründung Südaustraliens wurde bei 40 Grad Hitze gefeiert. Trotzdem nahmen 50 000 Menschen an der Feier teil. Auf dem Land wüthen zahlreiche Buschfeuer, die von Tausenden von Freiwilligen bekämpft werden.

## Sturm an der norwegischen Küste

Oslo, 30. Dezember.

Vor der Küste von Stawanger hat ein Unwetter, wie man es in den dortigen Gegenden seit Menschengedenken nicht erlebt hat, großes Unheil angerichtet. Stellenweise wurden Windstärken von 37 bis 38 Metern in der Sekunde festgestellt. Bei Rosenberg wurde ein norwegischer 1000-Tonnen-Dampfer vom Kai losgerissen und in den Fjord hineingetrieben, wo er strandete. Auf dem Lande sind die Telegraphen- und Telefonlinien weithin umgerissen worden. Alle Verbindungen zwischen Stawanger und den umliegenden Inseln sind unterbrochen worden. Die Lokomotiven fuhren in der Dunkelheit gegen umgerissene Telegraphenpfähle und wurden dabei mehr oder weniger schwer beschädigt, so daß die Züge auf offener Strecke halten mußten. Menschenleben sollen bisher nicht zu beklagen sein.

## Schweres Einsturzungsglück in Genua

Sieben Proletarie: tot!

Rom, 30. Dezember.

Beim Einsturz eines sechsstöckigen Neubaus in Genua-Cornigliano wurden sieben Arbeiter verschüttet. Nach schwieriger Bergungsarbeit, die die ganze Nacht über dauerte, konnten die sieben Verschütteten nur noch als Leichen geborgen werden.

## Falschmünzerwerkstatt aufgedeckt

Köln, 30. Dezember.

Auf dem Nordfriedhof deckte die Polizei eine Falschmünzerwerkstatt auf. Ein 36-jähriger Schreiner aus Köln-Merheim und ein 33-jähriger Arbeiter aus Köln-Mülheim wurden unter dem Verdacht der Falschmünzerei festgenommen. Sieben falsche Fünfmarkstücke und das gesamte Herstellungsgerät wurden beschlagnahmt. Ein dritter Beteiligter wurde von der Düsseldorfer Kriminalpolizei festgenommen.

## Der falsche Bischof

Dem Geheimen Finanzrat Hugenberg, der die Deutschnationale Partei mit der Zeit zu Kleinholz verarbeitet, ist ein herbes Unglück widerfahren. In seinem Streben, bei der Wahrung der vaterländischen Belange niemals zu spät zu kommen, hat er frühzeitig die Enttarnung der früheren deutschen Domkirche in Riga durch den lettischen Staat beklagt, und als kürzlich der letzte deutsche Gottesdienst in dieser Kirche abgehalten wurde, sandte Hugenberg an den Bischof Irbe in Riga namens der Deutschnationalen Partei ein Telegramm und versicherte, daß er und seine Freunde an diesem Tage, da die deutsche Domgemeinde zum letzten Male „in ihrem, ihr geraubten altangestammten Gotteshaus“ versammelt sei, „in herzlicher Verbundenheit ihrer deutschen Brüder gedachten und versprochen, so viel an ihnen sei, alles zu tun, daß dieses Unrecht gesühnt werde“.

So viel ist ja nun nicht an ihnen. Das sollte der Bischof Irbe bald sehen. Denn Hugenberg hatte sein Sühnungsversprechungs-telegramm an den falschen Bischof adressiert. Herr Irbe gehört nämlich zu der andern Fakultät, die den Dom geklaut hat und gegen die sich also rechtens die Drohung Hugenbergs richtete. Der deutsche Bischof in Riga aber wartet heute noch auf sein Telegramm von Hugenberg.

## Kapitalistische Sumpflüthen!

Die Schüning, Degener, Kohl und Schneider erscheinen als Waisenknaben, wenn man sie mit städtischen Angestellten New Yorks vergleicht, deren Verhalten Gegenstand einer Untersuchung durch eine Kommission der New Yorker Legislatur vergleicht. Da ist, um nur einen zu nennen, ein gewisser Edward P. Sherry, ein unterer Angestellter beim Stadtgericht. Sein jährliches Gehalt beträgt 3000 Dollar. Dank seiner „Tüchtigkeit“ vermochte er, innerhalb von 5 Jahren über 186 000 Dollars zusammenzugunern.

Wie er es fertig gebracht hat? Genau wie jene Polizisten und Polizeileutnants, deren Bankkontos innerhalb weniger Jahre auf etliche Hunderttausend Dollars anschwellen: durch Korruptions- und Schwergelder. Hierbei handelt es sich aber nur um untere Beamte. Die höheren Beamten sind nicht besser, aber gegen sie werden keine Untersuchungen geführt.

## Goldschmuggel in Dänemark

Kopenhagen, 30. Dezember.

Die Polizei untersucht augenblicklich eine Goldschmuggel-Angelegenheit, in die drei bereits verhaftete Personen verwickelt sind. Sie gestanden, daß sie mehrmals in der Zeit vom 15. bis 27. Dezember Reisen nach Hamburg unternommen und dort 2000 Dollar in Goldgeld verkauft hatten. Das Geld hatten sie bei der Zollrevision in der Matratze des Schlafwagens oder im Heizkörper des Kupees versteckt. Sie verkauften die Dollar bei einem Bankier auf dem Hamburger Bahnhof. Bei ihrer Verhaftung hatte der Haupttäter 7130 Kronen bei sich, die beschlagnahmt wurden.

## Eine „Spielstraße“ in Hamburg

Hamburg, 30. Dezember.

Nach amerikanischem Muster wird im Hamburger Stadtteil St. Georg jetzt eine Neu-einrichtung der Verkehrsregelung erprobt. Die Polizei hat einen Teil der Tümpelstraße zur „Spielstraße“ erklärt und für den gesamten Fahrverkehr gesperrt. Man will damit in Stadtteilen, welche hinsichtlich der Schaffung von Spielplätzen für die Kinder stiefmütterlich behandelt sind, durch Freigabe einzelner Straßenzüge, die für den Verkehr entbehrlich scheinen, einen gewissen Ausgleich schaffen.

## Wie anno Tobak



1914 bei Wilhelm, 1932 bei Hindenburg

Immer mehr nähert sich auch die Form der republikanischen Repräsentation dem monarchistischen Zauber von ehemals. Vor dem Krieg war es üblich, daß eine Abordnung der Halloren, der Salinenarbeiter von Halle, S. M. Wilhelm am Neujahrstage in der alten Tracht ihre Glückwünsche überbrachte. Jetzt wird diese zum letzten Male im Jahre 1914 geübte Zeremonie wieder aufleben. Eine Hallorengruppe wird dem Reichspräsidenten von Hindenburg im Zeichen der alten wilhelminischen Volksgemeinschaft, heute „Eiserne Front“ genannt, am Neujahrstag beglückwünschen. Das Bild zeigt die drei Abgesandten, die Herrn von Hindenburg Salz, Soleier und Halenser Würste überreichen sollen.

# Feuilleton der SAZ

## Inspektor Zwiefach und die sexuelle Frage

Von Eugen Hammer

„Jeder Mensch, vor allem auch jeder jugendliche Mensch, muß ein voll entwickeltes und ungestört ablaufendes Geschlechtsleben führen können, wenn er gesund und arbeitsfähig bleiben soll.“

Inspektor Zwiefach wurde noch steifer auf seinem Stuhl und die steinerne Mißbilligung, die er zwecks amtlichen Gepräges prinzipiell zur Schau trug, bekam einen aggressiven Zug. Konnte er nicht an dieser Stelle diesen ungeheuerlichen, sich wissenschaftlich gebärdenden Vortrag abbrechen? Unerhört! das und Wissenschaft?

... und bitte, das ist kein Scherz, was ich jetzt sagen werde: die Partner müssen den Geschlechtsakt nicht nur unter hygienischen Bedingungen, sondern auch allein und nackt ausüben, um zur vollen Befriedigung zu gelangen, denn ...

Hatte der hochverehrte Herr Reichskanzler Brüning daran gedacht, als er seine letzte Notverordnung erließ? Brüning — pardon, der Herr Reichskanzler! — mochte wohl solche Gedanken gehegt haben, denn erstens war er ein frommer Katholik, d. h. er wußte, was christlicher Anstand gebot, und zweitens war er Gewerkschaftssekretär gewesen, d. h. er wußte, daß viele Arbeiter nichts von dem wissen wollten, was ihm als moralisch bewußt war. Ob Herr Brüning an den Geschlechtsakt ...?

Inspektor Zwiefach wurde plötzlich blutrot. Entsetzlich! Er, ein staatstreuer Beamter, und derart respektlose Vorstellungen! Dieser Vortragende gehörte ... Unglaublich, jetzt hatte er während der letzten zwei Minuten gar nicht mehr auf den Vortrag achtgegeben. Vielleicht hatte gerade in diesen zwei Minuten der Referent eine unzweideutige Handhabe zur Verbitung gegeben ...

„Verhütungsmittel ... , Verantwortungsbewußtsein ... , Pessar ... , natürliches Bedürfnis ... , Kondom ... , gewisse Marken.“

Diese Schamlosigkeit! Aber jetzt würde er ihn gleich haben, diesen Doktor, denn Anpreisung von Verhütungsmitteln war verboten. Aber der Kerl war ja so gerissen, der sprach von gewissen Mitteln so, daß man sie ganz genau erkannte, aber er nannte keinen Namen. Der Paragraph verlangte aber die Namensnennung. Wo das Arbeitergesindel nur immer diese gebildeten Leute herbekam? So einer konnte doch woanders mehr verdienen; wozu die Bildung, wenn man umsonst ...

„Die bürgerliche Sexualmoral, die die Menschen durch Vernichtung oder schwere Schädigung ihrer Sexualität fähig zur bürgerlichen Ehe macht, d. h. zur Einordnung in jenen Zwangsapparat, in welchem den Kindern die Grundlagen und den Erwachsenen die Reste ihrer Selbständigkeit, ihrer Widerstandskraft, ihrer Lebensenergie im Interesse der herrschenden Klassen zerbrochen werden — diese bürgerliche Sexualmoral ist heute vielleicht noch mehr als die Kirche die wirksamste Verteidigungswaffe einer zum Untergang verurteilten Gesellschaftsorganisation.“

Republikerschutzgesetz? Aufreizung zum Klassenhaß? Notverordnung? Verboten? Herabsetzung kirchlicher Institutionen? Wenn dieser verdammte Redner nur kein so höllisches Tempo im Leibe hätte, man kam ja gar nicht dazu, nachzudenken, was und weshalb man denn eigentlich verboten sollte. Was der alles vorbrachte!

„Die dem Proletariat auferlegte Sexualmoral ist ein Unterdrückungsmittel in der Hand der Ausbeuter und wir haben ihre Wurzeln aufzudecken und uns frei von ihr zu machen, denn das gerade Gegenteil ihrer Vorschriften ist für uns wirklich moralisch, weil es revolutionär und weil es natürlich ist.“

Zwiefach beugte sich vor. Würde der Referent jetzt endlich seine Blöße geben? Zwiefach verspurte schon wieder, wie er rot wurde. Warum nur? Ah, weil er an „Blöße“ gedacht hatte. Unleichtlich, wie dieser Vortrag einen Mann auf dumme Gedanken brachte. „Blöße“ — das war doch nicht so. Aber wenn der da oben anderthalb Stunden lang von Sexualität sprach! Ungesund war das im höchsten Grade, nur aufgeregt wurde man davon. Wenn selbst ein Mann wie er ... wie mußten da erst die einfachen Arbeiter, die nicht über polizeibeamtliche Selbstdisziplin verfügten — wie mußten die da erst aufgeregt werden durch solche Sachen! Solche Sachen gehörten fürs Volk überhaupt verboten. Wissenschaft? Puh! Angeleier, sonst nichts.

Nun war der Vortrag aus — und er hatte nicht verboten. Er war unzufrieden. Wozu war er dagewesen, wenn er nicht verboten hatte? Die ganze Aufregung wäre ihm erspart geblieben, wenn er die Geschichte kurzerhand verboten hätte.

Die Diskussion nach der Pause brachte nur Uninteressantes. Da waren Frauen, die wissen wollten, wie sie das vierte oder fünfte Kind vermeiden könnten; was man bei Gebärmutter-senkung tun könnte usw. Ein Vater bat um Ratschläge, welche Nahrungsmittel er seinen Kindern am besten von der Unterstützung kaufen solle n. a. m. Sonderbar, was diesen Proleten alles zum Sexualproblem zu gehören schien.

Na endlich! Nun war die Veranstaltung aus und er konnte fortgehen. Er war irritiert und unbefriedigt. Er dachte an seine Berta und ertappte sich bei dem Gedanken, daß es ganz nett wäre, einmal mit einer anderen Frau zu schlafen. Solche Gedanken hatte er auch früher schon oft gehegt — und nicht nur gehegt. Doch diesmal fluchte er leise auf den kommunistischen Arzt: nur dessen Vortrag war schuld an seinen Gedanken ...

Aber schließlich war er doch nicht nur Beamter, sondern auch Mann — wenn auch Zentrumsmann. Denn selbst Zentrumsmänner sind irgendwie trotzdem Männer. Ueberhaupt war das allgemein üblich und dann gab es ja auch die Absolution. Ja, er würde es auch tun, wenn er Protestant wäre und nicht Absolution bekommen könnte. Wem tat er denn ein Unrecht damit?

Schließlich die Unzucht, die war doch nur für gewöhnliche Menschen gefährlich, die sich dann richtigen Ausschweifungen hingaben — aber er, ein Beamter, er würde schon Maß halten. Und billig bekam er es ja auch, nicht etwa, daß seiner Frau darum etwas abgehen würde, denn die Mädchen kannten ihn alle als Polizeiinspektor und taten ihm gern einen Gefallen.

Diese Ueberlegung gab den Ausschlag.

\*

Als er nach dem Vergnügen bolzengerade und zugeknöpft als guter Mann die Treppe herabstieg, war er zufrieden und mit sich selbst einig. „Das nächstmal“, dachte er, „werde ich gleich zu Anfang verbieten. Dann brauche ich mich weder zu ärgern, noch aufzuregen. Und letzten Endes ist es eben doch schade um das Geld, wenn ich dem Mädchen auch nur zwei Mark gegeben habe.“

## Der verjäherte Sieg von 1866

Der Reichspräsident empfing heute den Oberbürgermeister von Leipzig, Herrn Goerdeler, der eben zum Preisungskommissar ernannt wurde.

(Zeitungsnachricht.)

Die hier zitierte Zeitungsnachricht ruft die Erinnerung an ein Erlebnis wach, das der Reichspräsident von Hindenburg einmal an der Tafel des Vorgängers Goerdelers im Oberbürgermeisteramt der Stadt Leipzig hatte. Als Herr von Hindenburg, bald nach seiner Wahl im April 1925, den größten deutschen Städten nacheinander seinen Besuch machte und aus diesem Anlaß auch nach Leipzig kam, gab der damalige Oberbürgermeister Rothe ihm ein Festessen. Die Unterhaltungsthemen des Herrn von Hindenburg sind berühmt. In dem Bestreben, jedem, mit dem er zusammen trifft, Freundliches zu sagen, redete er den Oberbürgermeister während der Tafel folgendermaßen an:

„Ich bin in meinem Leben übrigens schon einmal in Leipzig gewesen.“

Wann denn das gewesen sei, begehrte devot das Stadtoberhaupt zu wissen. Bis zu Hindenburgs Eröffnung war nämlich dem Leipziger Magistrat nicht bekannt gewesen, daß der Reichspräsident früher schon einmal in den Mauern der Stadt gewelt habe.

Also gab Herr von Hindenburg Erläuterungen: „Es ist schon mächtig lange her“, sagte er. „Im Jahre 1866 war es; damals betrat ich Ihre Stadt als Feind, mit der Waffe in der Hand, sozusagen.“

Hier mischte sich der links von dem Reichspräsidenten sitzende Präsident des Reichsgerichts, Simons, ins Gespräch, den die letzten Worte Hindenburgs aufhorchend gemacht hatten. Unfähig, anders als juristisch zu denken, warf er ein:

„Machen Sie sich darüber keine Gedanken, Exzellenz! Das Delikt ist längst verjährt ...“

Der Reichspräsident soll bis heute nicht begriffen haben, was Präsident Simons eigentlich gemeint hat.

## Vermischte Anzeigen

Sagt es in Büchern!

SPD-Genossen, lest das soeben erschienene

Buch:

„Kultur- und Sittengeschichte des Tolerierens“

von Dr. Rudolf Breitscheid.

50 Exemplare davon wurden auf feinstem Büttenpapier gedruckt, mit einem dafür geschriebenen Vorwort von Dr. Brüning.

In die Hand jedes SPD-Funktionärs muß die neue Broschüre des Gen. Wels: „Braune oder Tolerierungspest?“ anlässlich der Rede vor den Hamburgischen Funktionären: „Wir lassen die Tolerierung wie die Pest.“

Nicht zu vergessen:

„Hätte Jesus Christus nachgegeben?“

Die möglichen Folgen einer versöhnlichen Haltung Jesu vor dem römischen Statthalter Pontius Pilatus.

Gegenwartsbetrachtung eines religiösen Sozialisten an Hand der erfolgreichen Politik der Sozialdemokratischen Partei.

## Kleines Feuilleton

Die kannten sich

Im Altpreußischen wurde ein Feldprediger zum Erzpriester befördert. Der General beglückwünschte ihn, meinte aber:

„Der Name Erzpriester gefällt mir nicht. Man sagt nämlich auch Erzschem.“

Der Beförderte antwortete betreten: „Der Name General gefällt mir auch nicht. Man sagt ja auch Generalspitzbube.“

Gegen Verstopfung

In den evangelischen Gemeindeblättern Württembergs steht das Inserat: „Kurhaus Nassachmühle (Post Uthingen) empfiehlt Zentralheizung, Andachten, Licht-, Luftbad, Sitzbäder.“ — Wenn die Andacht im Sitzbade nicht durchschlägt, sollte man es doch einmal mit einem Löffel Rhizipusöl versuchen.

Wie Kapitalistenleben versichert werden

Die „wertvollsten“ Leben scheinen vier Amerikanern zu gehören, einem Warenhausbesitzer, einem Zeitungs- und Zeitschriftenverleger, einem Filmfabrikanten und einem Automobilfabrikanten, von denen jeder einzelne eine Lebensversicherung im Werte von über 5 Millionen Dollar abgeschlossen hat.

Die Pariser Oper im Rundfunk!

Die Pariser Rundfunkleitung konnte sich für die laufende Saison 10 große Übertragungen aus der Opéra-Comique sichern. Bisher wurde nur aus dem Odéon-Theater übertragen. Es sind auch Verhandlungen im Gange, weitere Theater der Seine-Stadt in das Programm einzubeziehen.

„Komparserie“ erobert Amerika

Richard Duschinskys Bühnenwerk „Komparserie“ hatte, einem amerikanischen Berichte zufolge, bei seinen Aufführungen mit Joseph Schildkraut, dem Sohn des berühmten Shylok-Darstellers Rudolf Schildkraut, und Dita Parlo in den Hauptrollen bei der amerikanischen Uraufführung einen außerordentlichen Erfolg.



Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

9. Fortsetzung

Die Belegschaft der Wäscherei pilgert hinter den Wäscheberg, alle wollen ihn sehen. Alle senken, daß sie ihre Meinung über die schlecht funktionierenden Aufzüge den zuständigen Stellen nicht verhehlen werden — aber sobald Aufsichtspersonal kommt, schweigen sie.

Shirley legt zierliche, in Seidenpapier gewickelte Wäsche in ihr Körbchen. Sie trägt Wäsche aus, keine besonders schwere Arbeit. Shirley kommt überall hin, hört allerlei, aber sie ist heute froh bei dem Gedanken, daß es zum letztenmal sein wird, daß es aufgehört wird, dieses Hin- und Herrennen durch das ganze Haus, das Klopfen an den Türen, die Höflichkeitsbezeugungen. Sie wird nun auch nichts Schlechteres sein als die Gäste, die Damen mit der feinen seidenen Wäsche, sie wird genau so schöne tragen wie die, wenn nicht noch schönere ...

Alles, was um sie herum jetzt geschieht, hört sie nur mit halbem Ohr. Ja, die Aufzüge für das Personal, da kann man sich manchmal ärgern. Ueberhaupt, es gibt so vieles, worüber man sich ärgern kann, wenn man arm ist und kein Geld hat. So eine arme Kreatur rennt dem Aufzug nach, macht sich Sorgen und hat Gewissensbisse; und wenn er draufgeht, kummert sich kein Teufel um ihn. Nun, Shirley wird herauskommen aus all dem Dreck, sie wird ein anderes Leben führen als bisher, ein gutes Leben. Sie wird nicht ewig ausgeschlossen bleiben von allem, was angenehm ist.

Jedesmal, wenn Celestina das Reich der Gäste betritt, wird sie überwältigt von der

wunderbaren Stille und Ruhe, die hier in jedem Winkel herrschen. Die Schritte erstarben in weichen Teppichen. Mit Bedacht wird bei der Arbeit Lärm vermieden; die Stimmen des Personals senken sich zum Flüstern. Der Gang der Stubenmädchen wird schwebend, die Haushälterinnen scheinen überhaupt nicht den Boden zu berühren, wenn sie die Korridore der Gäste betreten.

Celestinas Arbeitsstätte zeichnet sich durch besondere Vornehmheit aus. In diesem Stockwerk befinden sich die teuersten Appartements, große Konferenzsäle und dem „individuellen Geschmack“ entsprechend eingerichtete Empfangsräume.

Jedes Stockwerk untersteht einer besonderen Haushälterin. Sie tragen alle das gleiche schwarze Seidenkleid und das gleiche verbindliche Lächeln; das allen gemeinsame Lächeln wie die Kleider scheinen in der gleichen Fabrik angefertigt zu sein. Nur die Namen der Haushälterinnen sind verschieden. Celestinas Vorgesetzte ist Frau Magpag.

Die Etagevorsteherin heißt Fräulein Wesley. Ihr Schreibtisch steht in der Halle, den Personenaufzügen gegenüber. Es gibt nicht weniger als ein Dutzend Aufzüge für die Gäste, aber niemand kann hinauffahren oder hinabfahren, ohne von Fräulein Wesley gesehen zu werden.

Fräulein Wesley nimmt auch die Nachrichten, die an die Gäste ihrer Etage aus allen Teilen der Welt kommen, entgegen. Mit dem „ticken“, dem elektrischen Fernschreiber, zeichnet sie mit merkwürdigen Buchstaben die Mitteilungen auf, die sie an ihre Gäste gelangen lassen muß. Der elektrische Stift

schreibt von selbst, als führe eine Geisterhand Fräulein Wesleys Finger.

Was Fräulein Wesley nicht zu wissen bekommt, erfahren die Detektive, die lautlos und unauffällig umherwandeln und nur manchmal vor einer Tür stehenbleiben und lauschen.

Hinter den sorgfältig geschlossenen Türen führen die Gäste ihr Leben für sich, und man weiß von ihnen nur das, was zufällig durchsickert.

Celestina beginnt die Marmorfliesen der Aufzüge zu scheuern. Die Lifts für die Gäste sehen sehr verschieden aus von den riesigen schmutzigen Kästen, die dem Personal zur Verfügung stehen; die Böden sind mit Perserteppichen belegt, die Wände sind mit Leder tapetiert; es gibt besondere Vorrichtungen, die jede unausgesprochene Schwankung auffangen; wie leichte Vögel schießen diese Aufzüge lautlos auf und nieder.

Während Celestina mechanisch die ihr zufallende Arbeit verrichtet, muß sie immer wieder an Shirley denken. Sie findet es wohl begreiflich, daß ihre Tochter dem schweren Leben entfliehen möchte — aber kann ihr diese Flucht gelingen? Wird es ihr später nicht noch schlechter gehen?

Shirley ist mir böse, denkt sie, während sie den Boden wischt und vor ihrer Nase elegantes Schuhwerk vorbeifilieren sieht; Shirley ist böse auf die Mutter, die ihr kein besseres Leben geboten hat. Ja, Celestina hat nichts tun können, damit Shirley es besser habe als sie selbst. Aber wie und was hätte sie das Mädchen lernen lassen sollen, wo das Geld nicht einmal für das Allernotwendigste reichte ...? Und dann schien es Celestina überdies gar nicht notwendig, daß Shirley auch so ein Büromädel wurde, das auf andere, die noch schwerer arbeiten, herabblickt. Nein, ihre Tochter sollte das Leben, das sie zu führen gezwungen war, kennenlernen. — sie, die jung und frisch ist und auch nicht dumm. Die Junge könnte eher als die alten müden Köpfe auf Gedanken kommen, die einen Ausweg aus dem Elend zeigten. Aber wenn sie sich einfach aus dem Staub macht, nützt sie ...

Man beginnt die Frühstückstafeln für die Gäste zu bringen; sie werden von den Kellnern aus einem sehr geräumigen, zu diesem Zweck besonders reservierten Aufzug mit viel Sorgfalt herausgehoben.

Die Frühstückstische werden von allen mit Interesse betrachtet, sogar von Fräulein Wesley und Frau Magpag. Sie sind aber auch entschieden sehenswert.

In einer schlanken Vase steht eine Blume in der Mitte des Tisches, um kundzutun, daß hier nicht nur auf materielle Genüsse Wert gelegt wird. Die gerösteten Brote liegen zwischen weißer Servietten, wie kleine Babies liebevoll zugedeckt. Der Kaffee in den silbernen Kannen duftet angenehm und aromatisch und scheint nicht die geringste Verwandtschaft mit dem gleichnamigen und gleichfarbigen Gebräu, das in der Angestelltenküche gereicht wird, zu haben. Die Schlag-sahne schmiegelt sich in zierliche Silberschälchen, während die Milch in einem schön geschwungenen Kristallglas serviert wird. Erdbeeren liegen rosig zwischen grünen Blättern, frische Pfirsiche, das goldgelbe Fleisch sorgfältig aufgeschnitten, noch mit den blutroten Spuren der abgeernteten Kerne, liegen aufgeschichtet daneben. Braungekräuselter, dünn geschnittener Speck, gebratene Würstchen und geröstete Hammelkoteletts, mit weißen, gekräuselten Papiermanschetten verziert, ruhen, wie es sich gehört, unter schützenden silbernen Schalen, die aber von Zeit zu Zeit von Neugierigen aufgehoben werden. Die Kellner müssen allerlei Späße anhören, die sich auf die reich gedeckten Tische beziehen, aber auch Begehrlichkeiten wehren, die sich gegen diese Tische richten.

Sogar Fräulein Wesley flötet jedesmal, wenn sie einen Frühstückstisch vorbeischieben sieht, den Kellnern freundlich zu.

„Vergessen Sie nicht, mein Lieber, wenn etwas Kaffee übrigbleibt, ich habe solchen Durst.“

Aber sie hat nur selten Gelegenheit, ihn zu stillen; es kommt nicht oft vor, daß von den Gästen etwas verschmäht wird.

(Fortsetzung folgt.)

## Ahlen

**Abwärts! Der Katastrophe entgegen!** Die Abwärtsentwicklung des Beschäftigungsgrades auf dem Arbeitsmarkt des Arbeitsamtsbezirkes Ahlen nahm in den letzten 14 Tagen ihren Fortgang. Die Zahl der Arbeitssuchenden erfuhr eine weitere Zunahme von 126, so daß insgesamt 5195 Arbeitssuchende vorhanden waren. (Stand vom 15. November 1931 5069.) Im Gegensatz zur zweiten Novemberhälfte war die Verschlechterung weniger saisonmäßig als konjunkturell bedingt. Vor allem trugen die Zement- und Ziegelindustrie, die Metallindustrie und der Haushalt (!) zu der neuerlichen Belastung bei. Insgesamt wurden 32 Vermittlungen in den verschiedensten Berufsgruppen vorgenommen. — In der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung waren 3078 Hauptunterstützungsempfänger, davon 1431 in der Alu und 1647 in der Kru. — Am 1. Januar wird sich das Tempo der kapitalistischen Katastrophe weiter und schneller steigern, da zu diesem Termin im Bergbau sowie in der Metallindustrie Entlassungen bevorstehen. Das Elend wird immer größer. Heute noch tatenlos beiseite zu stehen, heißt, der Reaktion Vorschub leisten!

Vom Fundbüro. Zwei Tauben sind zugeflogen, eine Handtasche, eine Halskette und ein Teil eines Kronleuchters sind als gefunden gemeldet. Näheres Rathaus, Zimmer 15.

**Neujahrskonzert.** Am 3. Januar 1932, 11.30 Uhr, findet auf dem Marktplatz, von der Stadt- und Feuerwehrkapelle veranstaltet, ein Konzert statt. Wie gesagt wird, soll hiermit der Brüningsche Weihnachtsfrieden „abgeblasen“ werden.

## Alsdorf bei Aachen

Wie die SPD den Notverordnungen die Giftzähne „ausgebrochen“ hat. Die Notverordnung vom 5. Juni 1930 enthält die Erhebung einer Bürgersteuer (Negersteuer). Nachdem die SPD angeblich dieser Notverordnung die ärgsten Giftzähne „ausgebrochen“ hatte, blieb immer noch der Giftzahn Bürgersteuer bestehen. In einer Konferenz der SPD hat der Landtagsabgeordnete Kappertz (Aachen), den Erfolg, den die SPD „errungen“ habe, nicht zu verkleinern. In einer langen Diskussion wiesen die oppositionellen Funktionäre nach, daß in der Notverordnung noch so viele Giftzähne stecken geblieben seien, daß die Führer der SPD sich hüten sollten, den „Erfolg“ zu vergrößern. In Alsdorf werden 300 Prozent Negersteuer erhoben. Bergarbeiter, denen durch andere Notverordnungen innerhalb dreier Monate 17 Prozent Lohn geraubt wurden, sind zu 18 Mark, zuzüglich 9 Mark für die Frauen, veranlagt worden. Ein Rektor an der St. Barbara-Volksschule ist zu 9 Mark, zuzüglich 4,50 Mark für seine Frau, veranlagt worden. Der Pfarrektor zu 13 Mark. Es ist ein starkes Stück der SPD, den Arbeitern zu sagen, sie hätten den Notverordnungen die ärgsten Giftzähne ausgebrochen. Trotz allem zeigt die SPD auch noch Entrüstung, weil so viele Arbeiter ihre „Taten“ für das Volk nicht verstehen wollten. Das Volk spürt die „Taten“ der SPD von morgens bis abends. Der Tolerierungs-Giftzahn der SPD, der dem arbeitenden und erwerbslosen Volke so tiefe Wunden gebissen hat, wird noch manchen SPDisten, der heute noch in den Parlamenten sitzt, bei den nächsten Wahlen fortbeißen.

## Frankfurt a. M.

Die fälligen 6 Millionen der Stadt Frankfurt a. M. Dem Umschuldungskommissar der Stadt Frankfurt a. M. ist es gelungen, mit den Gläubigern der Stadt Frankfurt a. M. ein Abkommen zu treffen, wonach die Abdeckung in Teilbeträgen bis 1933 möglich ist. Es handelt sich jedoch keineswegs um ein allgemeines Abkommen, da der Stadt nicht bekannt ist, wer alles Besitzer von Wechseln auf die Stadt ist. Die am 1. Januar fälligen Zinszahlungen können geleistet werden.

Vor dem Landesarbeitsgericht wurde ein interessanter Fall verhandelt. Eine kaufmännische Angestellte wurde von einer verstorbenen Abteilungsleiterin tuberkulös infiziert. Die Abteilungsleiterin war seinerzeit wegen offener Tuberkulose in Davos. Als sie zurückkam, hatte sie angeblich keine offene Tuberkulose mehr. Trotzdem hustete sie stark. Den Auswurf spuckte sie in Papier servietten und warf diese in den Papierkorb. Hierbei wurde die Klägerin infiziert. Auch die Sachverständigen nahmen dies an. Die angesteckte Angestellte klagte gegen die Firma auf Schadenersatz. Das Landesarbeitsgericht verurteilte die Firma, 80 Proz. des Schadens der Klägerin zu tragen. Die Klägerin selbst sei mitschuldig, meinte das Gericht. Sie hätte ihre Wahrnehmungen der Firma mitteilen müssen.

**Selbstmord aus Nahrungssorgen.** Der Gastwirt Wilhelm Metzger, Alte Mainzer Gasse, und seine Frau wurden tot in ihrer Wohnung aufgefunden. Sie haben sich mit Gas vergiftet. Der Grund zur Tat ist in wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu suchen. — Die beiden versuchten schon am „Heiligabend“, aus dem Leben zu scheiden, wurden aber von Nachbarn daran gehindert. Dieses Mal kam Hilfe zu spät.

**Voruntersuchung gegen Ronald Müssig.** Gegen Ronald Müssig, der im Café Daube einen Gast erschoss und zwei andere Personen verletzte, hat der Staatsanwalt Voruntersuchung beantragt. Müssig wird der Zechprellerei, des unbefugten Waffentragens und des Totschlags bezichtigt. Er ist geständig, geschossen zu haben, bestreitet aber die Tötungsabsicht.

## Gemeinsame Aktionen!

Der Sozialistische Jugendverband Groß-Hamburg hat an eine Reihe örtlicher proletarischer Jugendorganisationen folgenden Brief gerichtet:

Sozialistischer Jugendverband

Groß-Hamburg  
Hamburg-Berne, am 28. Dez. 1931.  
Hauptstraße 474

An die Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Hamburg  
den Kommunistischen Jugendverband, Hamburg  
die Kommunistische Jugendopposition, Hamburg  
die Freie Gewerkschaftsjugend Hamburg  
die Jugend im Arbeiter-Turn- und Sportbund Hamburg  
das Jungbanner, Hamburg  
die Arbeitsgemeinschaft proletarischer Jugendorganisationen, Hamburg.  
Genossen!

Der Faschismus rüstet zum konterrevolutionären Umsturz. Wir stehen vor der Frage, ob wir die Auseinandersetzung mit dem Faschismus vor seiner Machtergreifung oder nachher wollen. Es ist aber mit Sicherheit vorauszu sehen, daß ein zur Macht gekommenes Faschismus ein Blut- und Schreckensregiment aufrichten wird, das um ein vielfaches grausamer, mörderischer und heimtückischer sein wird als in Italien, daß er die Organisationen des Proletariats zerschlagen wird, weil er keine Sammel- und Kristallisationspunkte für eine Gegenbewegung dulden kann.

Nur eins kann helfen!

Daß sich das Proletariat rechtzeitig, das heißt vor der Machtergreifung durch den Faschismus, also jetzt, im allerletzten Augenblick über eine Kluft von Haß und Bruderkrieg hinweg die Hand zum gemeinsamen Kampfe reicht, nicht zur Verteidigung, sondern zum Angriff!

Der Vorstand des Sozialistischen Jugendverbandes ruft Euch auf, zur ersten gemeinsamen Aktion zu schreiten, unbeschadet aller der Fragen, die ungeklärt zwischen uns stehen. Laßt uns nicht eine Diskussion, sondern eine gemeinsame Aktion an den Anfang unseres Kampfes setzen! Wir fordern Euch auf zu einer gemeinsamen Kundgebung aller proletarischen Jugendorganisationen Groß-Hamburgs.

„Gegen Faschismus und Arbeitsdienpflicht!“

Wir bitten Euch, uns Eure Zustimmungserklärungen so schnell wie möglich zu übersenden, damit wir an die gemeinsame Vorbereitung der Kundgebung herangehen können.

Wir grüßen Euch mit „Freundschaft“

Sozialistischer Jugendverband

Groß-Hamburg

I. A. Franz Bözien.

Wir fordern alle übrigen proletarischen Jugendorganisationen, die in diesem Schreiben nicht ausdrücklich erwähnt sind, auf, es auch als an sich gerichtet zu betrachten und uns ihre Bereitwilligkeit zur Beteiligung schnellstens bekanntzugeben!

## Demokratisches aus dem Westen

Aus Freidenkerkreisen wird uns geschrieben:

Daß wir Freidenker Staatsbürger zweiter Klasse sind, haben wir immer gewußt, aber daß man uns jetzt noch die letzten Menschenrechte wegnotverordnet, beweisen folgende Fälle: Am 23. Dezember sollte in Lünen ein verstorbenes Mitglied der dortigen Ortsgruppe des Volksbundes für Geistesfreiheit beige setzt werden, welches gleichzeitig Mitglied des Arbeitergesangsvereins war. Diesem Gesangsverein wurde zunächst das Singen am Grabe untersagt, weil es ein politischer Verein sei. Als nun der Ortsgruppenleiter bei der Polizeibehörde vorstellig wurde, wurde ihm gesagt, daß man zwar den Gesangsverein singen lassen wolle, aber ein Vertreter unserer Weltanschauung dürfe unter keinen Umständen einen Nachruf sprechen, weder auf dem Friedhof, noch am Sterbehause. Erlauben könne man dies nur innerhalb des Hauses. Auch dem Vorsitzenden wurde jetzt ein kurzer Nachruf, wie er doch sonst von jedem Vereinsvorsitzenden gesprochen wird, untersagt. Begründet wurde dies Verbot mit der vierten Notverordnung, und es wurde ausdrücklich auf die preußischen Ausführungsbestimmungen des Innenministers Severing hingewiesen. Wir haben uns sofort beschwerdeführend an den Regierungspräsidenten sowohl, als auch an den Innenminister von Preußen gewandt, da wir doch unmöglich annehmen können, daß man diese willkürliche, schikanöse Auslegung der Notverordnungen, welche ja dann einem Ausnahmegesetz gegen die Freidenker gleichkäme, billigen wird. Es ist möglich, daß wir uns auch in dieser Hoffnung getäuscht sehen, aber wir können doch unmöglich zu solchen Maßnahmen schweigen.

Am 4. Dezember wurde unserer Ortsgruppe in Dortmund-Marten eine öffentliche Ver-

sammlung aufgelöst, weil die Referentin (Frau Erna Huber aus München) angeblich eine Religionsgemeinschaft verächtlich gemacht hatte. Und worin bestand diese „Verächtlichmachung“? Die Referentin hatte gesagt, daß es für die Menschheit jedenfalls wertvoller sei, wenn wir an Stelle der Beichtstühle Eheberatungsgastellen hätten. Die Folge war, daß Frau Huber Rede verbot für ganz Groß-Dortmund bekam. Unsere öffentlichen Freidenker-versammlungen stempelt man zu öffentlichen politischen Versammlungen, um ja die Notverordnungen voll gegen sie in Anwendung bringen zu können.

Ganz harmlose Flugblätter, die lediglich unsere Ziele und Bestrebungen unter die Menschheit bringen sollten und nebenbei einige falsche Behauptungen der Kirche richtigstellten, hat man uns in Herne verboten. Das Aushängen von Versammlungsplakaten, auf welchen als Vortragsthema „Die christliche Ehe, eine Versklavung des Weibes“ angegeben war, wurden in Lünen nicht zum öffentlichen Aushang zugelassen, weil das Wort „christlich“ in diesem Zusammenhang geeignet sei, Unruhe in die Massen zu bringen. Und so könnten wir spaltenlang fortfahren, wenn wir alle Steine, die uns in den Weg gelegt werden, sammeln wollten. Wenn dieselben Polizeibehörden genau so eifrig wären, wenn es darum geht, uns gegen gemeine und verleumderische Angriffe der Kirche in Schutz zu nehmen, die gewiß geeignet sind, unsere Gefühle als Freidenker zu verletzen, so könnten wir dies alles ruhig hinnehmen, aber das Messen mit zweierlei Maß muß unsere Mitglieder empören und gegen die Notverordnungen aufbringen. Man erreicht also das Gegenteil von dem, was man erreichen will. Auch der schwärzesten Nacht muß ein Morgen folgen, dafür kämpfen wir.

## Groß-Wiesbaden

SPD-Salat. Die Wiesbadener „Volksstimme“ schreibt Lamento über die Tatsache, daß in Laubenheim die Nazis Nachtpatrouillen organisiert haben, angeblich zum Schutze der Einwohner gegen Diebstähle. „Es ist höchste Zeit“, weint sie, „daß dieser willkürlichen Anmaßung der Polizeigewalt von SA-Leuten schnellstens durch die Behörde ein Ende bereitet wird.“ Alle Papierbeschwerden werden bei den Behörden nichts nützen. Eure SPD ist doch so stark? Warum mobilisiert ihr nicht die Arbeiterschaft, um diesem Nazispuk ein Ende zu bereiten? Ihr ruft nach dem Schutz der Behörden, deren Nazifreundlichkeit sich doch auch allmählich bis zu euren Büros durchgesprochen haben dürfte, und inzwischen toleriert ihr weiter, alles was sich irgendwie „legal“ gebärdet. Wie in dem kleinen Laubenheim ist es auch im Reich: Mit Nachtpatrouillen fängt es an, und mit dem „Dritten Reich“ hört es auf. Es ist höchste Zeit, daß die Arbeiterschaft sich über die Köpfe ihrer Führer die Hand reicht und selbst die Abwehrfront gegen den Faschismus organisiert! — Wie weit die Ideologie der SPD bereits untergegangen ist in den Anschauungen der Bourgeoisie, beweist u. a. die Einstellung ihrer Presse zur Frage der Reparationen. Die „Volksstimme“ unterschreibt Warburg-Melchior's anmaßende Forderung, daß „der Zusammenhang zwischen Reparationen und Weltkrise“ in den Berichten hervorgehoben werden müsse. Sie fordert, „daß das ganze bisherige System der Reparationen schleunigst beendet werden muß“. Glaubt denn die SPD im Ernst, daß der Arbeiterschaft dadurch gedient ist, daß sich die Kapitalisten aller Länder einig werden? Noch immer bemüht sich die sozialdemokratische Presse, die Aufmerksamkeit ihrer Leser von den innenpolitischen Schwierigkeiten und von

den Lebensfragen des Proletariats nach altem Rezept auf die außenpolitischen Vorgänge abzulenken. Wie lange noch? Wann wird die Arbeiterschaft endlich den ganzen Reparationschwund durchschauen? — Dem SPD-Stadtverordnetenvorsteher Dengel ist der jährliche Zuschuß Preußens zum Betrieb des Wiesbadener Staatstheaters in Höhe von drei Millionen Reichsmark schon lange ein Dorn im Auge. Er hat es immer schon gesagt, daß der preußische Staat diesen Zuschuß auf die Dauer nicht tragen könne, und räumt mit der pathetischen Geate, man müsse der Allgemeinheit zuerst das Brot geben, dann die Kunst, alle Einwände beiseite. Erstens, Genosse Dengel, hat bisher von der Kunst die Allgemeinheit, in diesem Falle die Wiesbadener Einwohnerschaft, nur insofern etwas gehabt, als dieses Theater hauptsächlich für die Fremden betrieben wird, und diese Fremden das „Brot“ Wiesbadens sind, zweitens aber ist so lange ein angemessener Zuschuß zu diesem Theater zu verteidigen, als man in den Staatskassen noch hunderte Millionen für Industriesubventionen und Kirchen übrig hat. Nicht gegen die geringen kulturellen Leistungen des Staates, die jetzt unter dem Vorwand der Wirtschaftskrise gestrichen werden, hat sich die Agitation aufrichtiger Arbeiterführer zu wenden, sondern gegen die Reservierung der Theater für wenige Besitzende infolge der hohen Eintrittspreise. Die Frage des Wiesbadener Staatstheaters konzentriert sich vorläufig für uns Sozialisten auf die Forderung nach Abbau übermäßiger Gagen und nach erheblicher Verbilligung der Eintrittsgelder. — Die „Volksstimme“ lästert über den kommunistischen Bürgermeister Zwilling von Mörfelden, der am 8. Dezember sein Amt antrat und sich weigerte, auf den Steuerkarten 1932 für Lohn- und Gehaltsempfänger den Vermerk über die Bürgersteuer zu unterschreiben. Dies besorgte dann im Auftrag des Kreisamtes

Groß-Gerau ein Staatskommissar. Gegen Zwilling soll ein Disziplinarverfahren beantragt worden sein. Wer im Glashauss sitzt, darf nicht mit Steinen werfen! Hohe Funktionäre der SPD haben sich nicht erst gewei- gert, sondern viel schlimmeren Maßnahmen durch Unterschrift Wirksamkeit verliehen. Dieser ganze Vorfall beweist nur, wie unsinnig es ist, wenn Arbeiterführer Funktionen des bürgerlichen Staates übernehmen. Entweder sie führen diese Positionen zum Schaden der Arbeiter und zum Nutzen der kapitalistischen Republik aus oder sie fliegen. Niemand kann zwei Herren dienen. Hoffentlich lernt auch die KPD aus derartigen, in letzter Zeit häufigen Vorkommnissen. Es geht nicht an, daß die Arbeiterschaft ihre Führer immer wieder zu Amtspersonen der Bourgeoisie machen läßt. Der Kampf des Proletariats darf nicht erniedrigt werden zu einer Postenjägererei im Kapitalismus, sondern muß ein offener, ehrlicher Kampf für den Sozialismus bleiben. — Weihnachtsfeier im Gerichtsgefängnis, christliches Getue von Frieden und göttlicher Gnade. „Vom Himmel hoch...“ kam unter den Auspizien des Inspektors Naumann das Wohlgefallen der „stillen, heiligen Nacht“. Pfarrer Dr. Michel hielt — gemäß der „Volksstimme“ — eine erhebende Weihnachtsansprache. „Eine der älteren Insassen des Hauses“ bedankte sich im Namen aller und wünschte ein frohes Fest. Mit „O du fröhliche...“ wurden die Insassen wieder in ihre Zellen zurückgeschickt. Nach der „Volksstimme“ hinterließ die Feier eine ergreifende Stimmung. Ergreifend, gewiß! Es gab früher einmal auch in der SPD Sozialisten, die den Hohn solcher Führer auf die Gefangenen brandmarkten. „...Ihr laßt den Armen schuldig werden...“ Alles, alles vergessen! Arme Arbeiterschaft, die sich von den heutigen „Führern“ durch diese christliche SPD-Republik im Kreise gängeln läßt. — Die neuerlichen harten Schiedssprüche in der Schuhindustrie und in der Metallindustrie, in denen die Löhne und Gehälter bis zu 15 Prozent abgebaut werden, nimmt die Wiesbadener „Volksstimme“ kommentarlos hin. Nächstens wird die SPD-Presse sie überhaupt nicht mehr erwähnen. Sie sind ja so alltäglich geworden! Statt dessen wird es heißen: „Im Westen nichts Neues...“, wie Anno 17. Inzwischen wird die eiserne Front aller Staatstreuen die Ständeorganisation des Dritten Reiches vorbereiten. Maul halten, still halten! Wie Anno 17! Das ist der SPD-„Abwehrkampf“ gegen den Faschismus!

## Stralsund

Die Einwohnerzahl ist gestiegen. Das endgültige Ergebnis der Personenstandsaufnahme vom 10. Oktober liegt nunmehr vor. Die Einwohnerzahl an diesem Stichtage betrug 44 148 gegenüber 43 614 am gleichen Tage des Vorjahres. Auf die einzelnen Stadtteile verteilt sich die Gesamtzahl folgendermaßen. Die eingeklammerten Zahlen sind das Ergebnis von 1930: Innenstadt 18 630 (18 655). Frankenvorstadt 11 042 (10 838). Kniepervorstadt 5114 (4940). Triebseervorstadt 9362 (9281), insgesamt 44 148 (43 614).

**Verkehrsunfall.** Der ins Straßenbahndepot fahrende Wagen 8 stieß an der Heilgeiststraße Ecke Wasserstraße mit einem Lastkraftwagen mit Anhänger zusammen, da der Fahrer des Kraftwagens anscheinend das Läuten der Straßenbahn überhört hatte. Glücklicherweise sind Personen nicht verletzt worden, aber beim Straßenbahnwagen sind mehrere Scheiben zertrümmert und der Vorderperren beschädigt worden. An dieser gefährlichen Ecke müßte ebenfalls ständig ein Verkehrsposten stehen, damit sich hier nicht immer wieder derartige Unfälle ereignen.

## Greifswald

Die Eisenbahnarbeiter bestohlen. Den Arbeitern wurden sämtliche in einem Mannschaftswagen aufbewahrte Kleidungsstücke und sonstige brauchbare Gegenstände entwendet. Die Diebe ließen nur die mit dem Stempel „Deutsche Reichsbahn“ versehenen Decken und Bettwäsche zurück. Als Täter sollen Wanderburschen in Frage kommen, die während der Feiertage im Wagen übernachtet haben. Der Schaden ist für die schlecht bezahlten Eisenbahnarbeiter immerhin recht groß. Hoffentlich wird der Schaden voll ersetzt.

## Barth

Auf die Straße gesetzt. Der Arbeiter K., welcher eine besonders kinderreiche Familie hat, und durch lange Arbeitslosigkeit in besondere Armut geraten ist, wurde einfach durch den Gerichtsvollzieher auf die Straße gesetzt, weil er nicht mehr in der Lage war, die auf das kleine Grundstück entfallenden Hypothekenzinsen und Steuern aufzubringen. Da er sich inzwischen keine andere Wohnung beschaffen konnte, wurden seine Habseligkeiten einfach in Regen und Schneewetter aus der Wohnung entfernt. So springt man mit Proleten um.

## Loitz

Arbeiter, das ist die „Winterhilfe“. Auch hier haben sich die „Segnungen“ der „nationalen Winterhilfe“ bemerkbar gemacht. Die Hauptsache scheint dabei zu sein, daß die „edlen Spender“ öffentlich genannt werden. Ungefähr 150 Bedürftigen hat man einige Gaben überreicht. Jeder erhielt ein Brot, je ein Pfund Gries, Reis, Mehl, Erbsen und ein halbes Pfund Butter. Den kinderreichen Familien gab man noch einen Gutschein im Werte von 2 bzw. 3 Mark. Hierfür sollen sie sich Kleidungsstücke einkaufen.

**Leser werbt für die SAZ**

## Neujahrstag der Arbeitersportler

### Auftakt im Vogtland

Mit einem voll akkord sozusagen beginnend die Fußballer das neue Jahr. Hat doch der Bezirksmeister Spielv. 23 Oelsnitz am ersten Spieltag, dem 3. Januar, in Niederhau sein erste Kreismeisterschaftsprobe zu bestehen. Niederhau ist ein beachtlicher Gegner, der vor zwei Jahren bereits sich den Titel eines Kreismeisters erschritten hat. Der Ausscheidungskampf verspricht also ein recht spannender und interessanter zu werden. Die Spielvereinigung wird ihren Bezirk würdig vertreten; es sind alles befähigte Spieler, die zu kämpfen verstehen.

### Der Neujahrstag

bringt um 14 Uhr ein Treffen zwischen Treuen und Grün. Der Gast ist kein Neuling im Bezirk und hat schon immer schöne Spiele geliefert. Treuen wird alle Kraft hergeben müssen. — Die zweiten Mannschaften der Vereine spielen um 12.30 Uhr. Die Treuener Mannschaft wird wohl siegen, sie befindet sich auf aufsteigender Linie.

### Am 3. Januar

werden außer dem Bezirksmeister auch noch andere ausgezeichnete Mannschaften spielen. So zum Beispiel Eintracht und Kürbitz um 14 Uhr. Eintracht machte in den letzten

vielen Pech und dadurch eine knappe Niederlage einzustecken hatten. (1). — Eiche 5. Abtl. Knaben—Elsterberg Knaben (12.30), Kürbitz 3—Elsterberg 3 (9.15).

### Achtung Vereine!

Treuen meldet neue Adresse: Hermann Kaiser, Treuen i. V., Sporthelm, Aulbere Herlasgrünerstraße.

Die Vereine, die noch keine Quartiere für den Bezirkstag gemeldet haben, wollen dies sofort tun. Die Quartiermeldung ist zu richten an Kurt Trommer, Rempesgrün i. V., Dorfstr. 40.

### Im Burgstädt-Limbacher Bezirk

werden weder am Neujahrstag noch am kommenden Sonntag viele Spiele ausgetragen. Das liegt vor allem daran, weil Taura zum ersten Kreismeisterschaftsspiel gegen Rasensport-Löbeln um 14 Uhr in Mittweida antreten muß. Die vorzüglichen Leistungen Tauras lassen einen Sieg der Mannschaft erhoffen. Aber leicht wird der sicher nicht werden, der Gegner versteht zu kämpfen. Am 1. Januar wird Rochsburg I gegen Wechselburg II einen Sieg erkämpfen wollen (14.30). — Vorwärts-Chemnitz—Claußnitz (14.30). Hier wird jede Mannschaft ihr bestes Können zeigen.

Dann am Sonntag! Berthelsdorf wird gegen Burgstädt Reserve nichts zu verschicken haben (14.30). Rudorf sollte in der jetzigen Verfassung über Wechselburg triumphieren (14.30). Lunzenau wird Wiederau geschlagen nach Hause schicken (14.30), während Lunzenaus II gegen Tauscha-Penig

schweren Stand haben wird (13.30). Taura II—Claußnitz II (10) ist der Kampf um den Meister der 2. Klasse. Eintracht-Mittweida—Herrenheide (10). Der Gast muß sich strecken, um einer Niederlage zu entgehen.

### Aus Vorpommern

**Fußball-Bezirksmeister Union-Stralsund verliert gegen F. T. Greifswald 8 : 1**

Das Freundschaftsspiel war eine schöne Weihnachtsbescherung für die Greifswalder. In der 1. Halbzeit stand es noch 2 : 1, aber die 2. Halbzeit brachte den Zusammenbruch. Beide Mannschaften verdienen ein Gesamtlob für ihr feines Spiel, welches dem Arbeitersport alle Ehre gemacht hat.

Die Bezirks-Fußballleitung macht bekannt: Der Spieler Mischke vom Verein „Roland“-Stralsund erhält vier Wochen Spielverbot (bis 31. 1. 1932.).

### Ringsport

„Achilles“-Loitz—„Walhalla“-Liepgarten  
15 : 13 (8 : 6)

Der Ring- und Stemmklub „Achilles“-Loitz ist einer der rührigsten Arbeitersportvereine in der Sparte Schwerathletik in Vorpommern. Sehr oft hat er auswärtige Mannschaften zu Gastkämpfen. Zum ersten Male hatte er sich den Ringsportverein „Walhalla“-Liepgarten zum Kampf verpflichtet. Die Vorrunde entschied „Walhalla“ für sich mit 8 : 6 Punkten, die Rückrunde brachte aber einen Sieg von „Achilles“ mit 9 : 5 Punkten. Das Gesamtergebnis wurde mit 15 : 13 Punkten für „Achilles“ entschieden. Das Ergebnis hat in bezug auf den Gastverein sehr stark überrascht. Die Veranstaltung war ein Erfolg für die Loitzer Arbeitersportbewegung.

## Resultate von den Thüringer Weihnachtsspielen

Göbnitz—Schmölln 3:3; Friesen Altenburg II—Eythra 0:5; Friesen Jgd.—Grana Jgd. 0:0; Vorwärts Altenburg—Leumnitz 4:1; Vorwärts II—Thraña I 3:0; Vorwärts Knaben—Thraña Knaben 7:1; Vorwärts Jgd.—Leumnitz Jgd. 6:0; Gera Pforten—Gera U'haus 7:1; Gera Pforten—Weida 3:2; TG. Erfurt—Weimar 1:1; Arnstadt—Gräfenroda 5:1; BV. Salzungen—Tiefenort 5:0; Rotweiß Pöbbeck—Naundorf 2:1; VfB. Saalfeld—Naundorf 3:3; Wolframshausen—Berka 10:3; Wühlitz—Wintertsdorf 4:3; Rositz—Köstritz 8:3; Rositz—Zichsdorf 5:3; Rositz II—Köstritz II 3:1; Rositz III—Köstritz III 5:1; Meuselwitz IV—Zichsdorf III 2:3; Leumnitz—VfB. Neustadt 3:1; FT. Neustadt—VfB. Neustadt 2:4; FT. Erfurt—Ronneburg 4:1; Gehren—Langwiesen 3:4; Städtemannschaft Saalfeld—Rudolstadt 4:3; VfB. Saalfeld—Vorwärts Rudolstadt 3:4; Hohenwölfen—Gera Zwätzen 5:2; Theißen—Zwenkau 6:1; Teuchern—Schmölln 9:2; Turnerbund Altenburg—Nobitz 2:2; Turnerbund Altenburg—Böhlen 5:0; Turnerbund Altenburg II—Friesen II 3:2; Turnerbund Altenburg II—Böhlen II 7:1; Gera Zwätzen—Eisenberg 2:2; Liebschwitz—Bornitz 5:3; Saxonia Erfurt—Bischleben 3:1; Sp. Ilmenau—Großbreitenbach 13:1.

## Kleines Feuilleton

### Gas — aus Hyazinthen

Die Wasserhyazinthe gilt in großen Gebieten Indiens nicht etwa als schöner Schmuck, wie in europäischen Ländern, sondern als ganz gewöhnliches und schwer ausrottbares Unkraut. Auf der Suche nach Verwendungsmöglichkeiten ist man jetzt darauf verfallen, die Pflanzen zur Gasherstellung zu benutzen. Zu diesem Zwecke werden die Wasserhyazinthen erst in der Sonne getrocknet und dann in ähnlicher Weise, wie es beispielsweise beim Torfe der Fall ist, vergast. Das bei diesem Prozeß gewonnene Leuchtgas soll recht brauchbar sein.

### Presseausstellung Tiflis

Die „Presseausstellung aller Völker, Tiflis, 1931/32“, eine universale Presseschau mit Ausstellungsstücken der periodischen Presse von rund 250 Ländern in 181 Sprachen (die Pressa 1928 in Köln zählte nur Zeitungen von etwa 90 Ländern in 100 Sprachen auf) umfaßt folgendes Programm: Die Presse aller Völker, aller Länder, aller Zeiten; das Leben der Presse, die Presse im Leben, die Presse und das Leben. Ferner Geschichte, Technik, Statistik und Maschinen im Dienste der Presse. Die Schau wird in mehreren Ländern gezeigt werden.

## Organisationsnachrichten



Nachrichten des Bezirks Berlin des Sozialistischen Jugendverbandes.

### Donnerstag, 31. Dezember:

Schönhauser Viertel „Paul Levi“, 31. 12. und 1. 1. Silvesterfahrt nach Tiefensee. Unterbezirk Tempelhof, Silvesterfeier, Satire, Humor, Zerstreuungskunst an bekannter Stelle. Pankow, Fahrt nach dem Pfälzer. Wir treffen uns um 19.45 Uhr im Hof, Schönhauser Allee. Friedrichshagen „Rosa Luxemburg“, Ballenplatz und Zehlendorf, Silvesterfahrt, Treffpunkt 20.30 Uhr am Schloßchen Bannhof.

Mitteilungen der BL. „Soziale Revolution“, Am Montag, dem 4. 1. 32, ab 17 Uhr, sind die Karten für unsere Veranstaltung (17. 1. „Wallner-Theater“) abzuholen. „Roter Pionier“ ist am Montag um die gleiche Zeit abzuholen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Will Schaber, für Inserate: Johannes Hoffmann a. u. Verlag, Siebel Zeitungs-Verlagsge., m. b. H., Druck: Georg Koenig, ausschließlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16.

„SAZ, Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2004.

Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2005.

Bezugspreis für einen Monat durch die Expedition: RM 2.40 einschließlich Bestellschein. Durch die Post bezogen: RM 2.70 und RM — 36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2.10 und RM — 36 Zustellgebühr. Unter Bezugnahme: RM 2.10 monatlich zuzüglich RM 1.30 Porto.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.

Alle Zahlungen sind zu leisten an: Siebel Zeitungs-Verlagsge., m. b. H., Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postfachkonto: Berlin NW 7, Nr. 153 928.

## Nur für Mutige



Die neue Sprungschanze in Schreiberhau (Riesengebirge)

Spielen einen etwas müden Eindruck, hat jedoch Kürbitz auf eigenem Platz bisher immer das Nachsehen gegeben. Da die Mannschaften seit dem letzten Treffen die Aufstellungen geändert haben, kann man auf das bestimmt sehr gute Spiel gespannt sein. — Zwischen Treuen und Rebesgrün endete das letzte Treffen 4 : 2 für Treuen. Auch die zweite Mannschaft spielte so. Wie wird es diesmal werden? Die ersten Mannschaften spielen um 14.00 Uhr, die zweiten um 12.30 Uhr. — Beim Treffen Eiche 5. Abtl.—Elsterberg 2 (14.45) gilt es für Eiche eine 1 : 2-Niederlage wettzumachen. Sollten sie ihre jetzige Spielweise beibehalten, so dürfte ihnen dies gelingen. (1) — Eiche 5. Abtl. Altersm.—Elsterberg Altersm. (13.45). Auch die Alten wollen diesmal siegen, da sie in Elsterberg recht

## Namenlose Helden

### Was rheinische Arbeiter schwimmer leisten

Arbeitersport ist Sport der Massen! Nicht nur weil eine große Zahl Arbeiter in den Sportorganisationen vereint sind, sondern mehr noch wegen seiner Grundeinstellung, daß die Massen, nicht das Einzelkönnen Träger der Bewegung sind. Dementsprechend ist die ganze sportliche Betätigung in der Arbeitersportbewegung, ganz gleich welchen Zweig man nimmt.

Selbstverständlich treiben die Schwimmer Sport, bei Veranstaltungen schwimmen sie auch mal um die Wette, und obwohl man das nicht als Ziel betrachtet, stellen sich da oft ganz beachtliche Leistungen heraus. Hauptwert legen die Arbeiterschwimmer aber auf die Ausbildung möglichst jeden Mitgliedes als Rettungsschwimmer, um die außerordentlich hohe Zahl der jährlich Ertrinkenden — es sind immer noch ca. 6000 in Deutschland — herabmindern zu helfen. Und überall im Reiche, und auch im Ausland, stehen starke Rettungskolonnen der Arbeiterschwimmer, die in erster, angestrengter Arbeit ihrem Ziele nachstreben.

Uns liegt der Jahresbericht des Arbeiter-Wasser-Rettungs-Dienstes von Rheinland-Westfalen vor, der wieder ein Zeugnis ablegt von der opferwilligen Arbeit unserer Sportgenossen. Es ist grandios, was da geleistet worden ist. Und, um es gleich zu bemerken — der Bericht erhebt noch nicht einmal Anspruch auf Vollständigkeit, es ist noch mehr geleistet worden.

21 291 Wachestunden sind auf 48 Sommerrettungswachen, 146 Stunden bei zwei Hochwasserschutzwachen geleistet worden. 142 Menschen wurden vom Ertrinken gerettet. Nur in fünf Fällen waren die Rettungs- und Wiederbelebungsversuche erfolglos. Außerdem wurden noch fünf Leichenlandungen verzeichnet. In 236 Fällen wurde Verletzten erste Hilfe sanitärer Art zuteil, neben den 950 Fällen, über die der ASB berichtet, an dessen Wache-

stunden sich übrigens die Schwimmer mit 1542 Stunden beteiligten.

Natürlich ist ungeheure Organisationsarbeit, sind viel Geldkosten notwendig, bis solche Zahlen wie die eben angeführten erreicht werden. Diese Arbeit wird immer fortgesetzt. Im vergangenen Jahre haben an 45 Ausbildungslehrgängen 600 Sportler (50 Sportlerinnen waren dabei) teilgenommen. In 29 Prüfungen stellten 398 neue Rettungsschwimmer ihre Fähigkeit unter Beweis, 31 mußten mangels genügender Leistung zurückgewiesen werden. Neben diesen Rettungsprüfungen fanden noch 57 wassersportliche Veranstaltungen der Rettungsschwimmer statt, so daß es im ganzen 93 sind. Der Kreis verfügte am Ende des Berichtsjahres über nicht weniger als 699 geprüfte Rettungsschwimmer (innen), denen noch 234 nichtgeprüfte zur Verfügung standen. Im Dienste des AWRD. standen also über 1000 Schwimmer und Schwimmerinnen.

Das ist eine Leistung, die nur der richtig beurteilen kann, der die Dinge näher kennt. Um so mehr muß es bedauert werden, daß durch die amtlichen Stellen dem AWRD. — von einigen Ausnahmen abgesehen — nicht die Unterstützung zuteil wird, die er verdient, daß vielmehr mit zweierlei Maß gemessen wird. So stellte z. B. im vergangenen Jahre die Stadt Krefeld der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft 1000 Reichsmark zur Verfügung, während für die Arbeiterschwimmer nicht einmal die geringen Kosten für einen dort von den Arbeiterschwimmern durchgeführten Rettungslehrgang bewilligt werden konnten. Das ist außerordentlich bedauerlich und bezeichnend.

Der AWRD. fordert Entschlossenheit und persönlichen und auch finanziellen Opfermut von seinen Mitgliedern, ohne daß diese irgendwelche Gegenleistungen zu erwarten hätten. Unsere Genossen tun ihr Bestes! Etwas mehr Anerkennung, etwas mehr Unterstützung, das hätte ihre gute Sache verdient.

## Volkshühne

Tanz u. Uelowski.  
D 1, Norden 294f  
7 Uhr:  
Die Großherzogin von Gerostein  
11 Uhr:  
Silvester-Konzert:  
IX. Sinf. nie

Stärkt den Pressefonds

## „Der Klassenkampf“

die nächste Nummer erscheint am 1. Januar; sie enthält u. a. Beiträge zur Diskussion über das Ratesystem von Klaus Zweiling, Fritz Levy, außerdem u. a. Beiträge von Max Adler, J. de Kadt (Holland) und von Fritz Sternberg über die Bekämpfung des Faschismus

### Bestellt sofort

beim Briefträger, bei der örtlichen Literaturvertriebsstelle oder bei der

Freien Verlags-Gesellschaft m. b. H. Berlin - Tempelhof, Hohenzollern-korso 67.

## Für den Aufbau der Parteiorganisation

brauchen wir Geld! Freiwillige Spenden werden daher jederzeit dankbar entgegengenommen. Spenden für die Organisation sendet an Post-scheckkonto Leipzig Nr. 41678 (Max Seydewitz)

## Sachsen

### Gewerkschaftshaus Plauen i. Vogtl.

ZUM SILVESTERABEND:

Großer Silvesterrummel! Stimmungskapelle!

Sichern Sie sich rechtzeitig einen Platz!

IM GROSSEN SAAL AB 7 UHR:

Der beliebte Ball!!! Ende ???

AM NEUJAHRSTAG im Restaurant:

— Künstler-Konzert —

IM GROSSEN SAAL AB 4 UHR:

GROSSER NEUJAHRS-BALL

Küche und Keller bieten wie bekannt das Beste!

Freundlichst ladet ein

Willy Höfer und Frau



Turnverein Frisch-Auf Elsterberg

wünscht seinen lieben Mitgliedern und werten Gästen ein

gesundes Neujahr

Heute Silvesterrummel! Der Vorstand und Wirt

Kauft bei unszen Inserenten

Meiner werten Kundschaft, Geschäftsfreunden und Bekannten ein frohes

neues Jahr Alfred Hempel Bedachungsgeschäft Niederriedersdorf

Unsrer werten Kundschaft, Geschäftsfreunden und Bekannten ein frohes

neues Jahr Kurt Berser und Frau Tischlerei und Textilwaren Oberriedersdorf

Meiner werten Kundschaft, Geschäftsfreunden und Bekannten ein glückliches

neues Jahr Arthur Neitsch u. Frau Ackermeister Oberriedersdorf

Meiner werten Kundschaft, Geschäftsfreunden und Bekannten ein gesundes, glückliches

neues Jahr Oskar Hesel u. Frau Fleischermeister Oberriedersdorf

## Frankfurter „Klassenkampf“-Leser

kaufen die neueste Nummer

MONATSSCHRIFT



sowie alle Parteiliteratur, SAZ und SWZ

Frankfurt, M., Rudolfstr. 22

# Werbt Abonnenten

## Dreimal Vaterland

„Volkszeitung“ Plauen (SPD):

„Mit einem begeisterten Hoch auf das Vaterland trennten sich die Kameraden und marschierten mit klingendem Spiel in ihre Heimatorte zurück.“

(Reichsbanneraufmarsch.)

„Tag“, Berlin (Hugenberg):

„Ein dreifaches brausendes Hoch auf das Vaterland antwortete den markigen Worten des Führers... und leitete über zur siegreichen Melodie des Deutschlandliedes.“

(Stahlhelmaufmarsch.)

„Das Kommunistische Manifest“:

„Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben.“

(Karl Marx.)

### Ein unerschrockener Denker

In der neuesten Nummer des „Freien Wort“ findet sich ein Leitaufsatz, der den kämpferischen Titel führt: „Gegen Gewalt und Not.“ Unsere Leser haben es erraten, er stammt von Ernst Heilmann. Den Schluß dieses Aufsatzes bilden die trostreichen Worte, die wir hier folgen lassen:

„Die Menschheitsgeschichte weiß von vielen trüben Weihnachtsfesten, selbst noch viel trüber als dem, das wir in diesem Jahr des Unheils feiern. Sie hat deshalb ihre Sehnsucht und ihren Glauben an Frieden und Gerechtigkeit nicht aufgeben und wird ihn nicht verlieren. Heute leidet die ganze Menschheit Not und ist wieder vom Gewaltgeist besessen. Aber so sicher, wie die Sonne vom tiefsten Stande ihrer Bahn wieder aufwärts steigt, so sicher führt auch der Weg der Menschheit und mit ihr der Weg der Sozialdemokratie wieder hinauf.“

Die Menschheitsgeschichte, die ihren Glauben an Frieden und Gerechtigkeit nicht verlieren wird, hat mindestens ihren Sinn verloren. Diese Erkenntnis, die uns Heilmann keineswegs in der Glorie des großen Grammatikers zeigt, hält uns jedoch nicht ab, ihm wenigstens das Prädikat eines unerschrockenen Denkers zuzubilligen. Er hält trotz aller katastrophalen Mißerfolge an seiner Meinung fest. Und mag die Verkehrtheit seiner Ansichten hundertmal durch die Tatsachen bewiesen sein, er hält daran fest: „und die Sonne bewegt sich doch“ oder genauer zitiert: sie steigt vom tiefsten Stande ihrer Bahn wieder aufwärts. Dabei ist es immer Nacht, wenn Heilmanns Sterne strahlen.

## Worte und Taten

Von Otto Wels

Nach einem Bericht des sozialdemokratischen „Neckar-Echo“ vom 5. Dezember 1931 hat Otto Wels, der Parteivorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, in einer am 4. Dezember 1931 abgehaltenen Versammlung folgendes gesagt:

„Ich wiederhole hier, was wir in diesen Tagen schon gesagt haben, Herr Brüning, die Tolerierungspolitik hat da eine Grenze, wo die Lebensmöglichkeiten der Arbeiterschaft ein Ende finden. Und diese Grenze ist jetzt erreicht. Wir werden so oder so die Demokratie verteidigen, das eine aber ist sicher: Wir greifen an! Jetzt sagen wir einmal mit dem alten Wort: Wo steht der Feind? Der Feind dahier! Den Finger drauf, den schlagen wir!“

Nach diesen starken Worten des sozialdemokratischen Parteivorsitzenden haben die sozialdemokratischen Arbeiter mit gutem Recht erwarten können, daß die Sozialdemokratie die vierte Notverordnung, den Lohnabbau und den Bruch des Tarifrechtes nicht mehr tolerieren wird. Am 4. Dezember hat Wels verkündet, daß die Grenze erreicht ist und am 15. Dezember hat er im Gegensatz zu diesen Worten auch die vierte Notverordnung toleriert, hat die Sozialdemokratie zur höheren Ehre Brünnings die Mitverantwortung für Lohnabbau und Bruch des Tarifrechtes übernommen.

### Der unwahrhaftige Breitscheid

Zu Anfang Dezember hat der sozialdemokratische Fraktionsführer Dr. Rudolf Breitscheid in einer Funktionärkonferenz der Berliner SPD die — unwahre — Behauptung aufgestellt, daß im Anfang der Tolerierungspolitik auch diejenigen dafür gewesen seien, die hernach deswegen die Partei verlassen hätten.

Genosse Rosenfeld hat am 6. Dezember in der „SAZ“ die Aufforderung an Breitscheid gerichtet, diese Behauptung öffentlich richtig zu stellen. Daß sie unrichtig war, mußte Breitscheid schon darum wissen, weil er selbst in der über die Einleitung der Tolerierungspolitik entscheidenden Fraktionssitzung vom 17. Oktober 1930 an die widerstrebenden Fraktionsmitglieder moralisch appelliert hat, die geschlossene Abstimmung der Fraktion nicht durch Trennung von der Fraktionsmehrheit zu zerstören.

Breitscheid, der noch zweimal, nämlich am 9. Dezember ebenfalls in der „SAZ“ und am 11. Dezember in der „Sozialistischen Wochenzeitung“, an seine Wahrheitspflicht gemahnt worden war, hat bis zum heutigen Tage nicht für nötig gefunden, auf die Anzapfung des Genossen Rosenfeld zu antworten.

Danach kann er uns nicht übelnehmen, wenn wir hiermit feststellen, daß er der Wahrheit grüßlich zuwider Behauptungen aufgestellt hat, die den früheren und gegenwärtigen Bekämpfern der Tolerierungspolitik Knüppel zwischen die Beine werfen sollen.

## Das Bild des niedergehenden Kapitalismus

# Sinkende Löhne — steigende Zölle

### 40 Prozent Gehaltsabbau gefordert!

TU. Kattowitz, 29. Dezember

Der Arbeitgeberverband hat die Lohnsätze im Kohlenbergbau und in der Eisenindustrie zum 31. Januar gekündigt. Ebenso sind die Gehaltsstufen der Angestelltenschaft zum gleichen Zeitpunkt gekündigt worden. Der Arbeitgeberverband fordert eine Herabsetzung der Gehälter um 40 Prozent. Für die Lohnkürzung ist ein bestimmter Satz noch nicht genannt worden; aber auch hier wird voraussichtlich eine wesentliche Herabsetzung gefordert werden.

Beim Demobilisierungskommissar finden fortgesetzt Besprechungen statt, da immer wieder Genehmigungen zu Stilllegungen beantragt werden. U. a. soll auch ein Antrag auf Stilllegung der Kleophas-Grube und der Alexander-Grube vorliegen.

### Zwei neue Lohnabbau-Diktate

WTB Gleiwitz, 29. Dezember.

Durch Entscheidung des Schlichters sind die in der Lohnstufen vom 8. Oktober 1931 vertraglich vereinbarten Löhne für die oberschlesischen Steinkohlengruben ab 1. Januar 1932 um 10 Prozent gekürzt worden. Die Sozialzulagen bleiben unverändert. Die Regelung läuft bis 30. April 1932 und kann erstmalig zu diesem Zeitpunkt mit einmonatiger Frist gekündigt werden.

WTB Waldenburg, 29. Dezember.

Die Entscheidung des Schlichters im Lohnstreit zwischen den Werksverwaltungen und den Bergarbeiterorganisationen ist im Sinne der Vorschrift der Notverordnung erfolgt. Die Löhne werden vom 1. Januar ab um 10 Prozent gekürzt. Die Sozialzulagen werden von der Kürzung nicht betroffen.

### Weitere Verriegelung der Welt

Neue Zollmauern in Polen

Warschau, 29. Dezember.

Das heutige Staatsgesetzblatt veröffentlicht eine neue Verordnung der polnischen Regierung zur Reglementierung des Außenhandels. Diese Maßnahmen betreffen

1. Das Einfuhrverbot für bestimmte Waren für die Dauer von einem Jahr.
  2. Die teilweise Aenderung des Zolltarifes, indem für eine Reihe von Waren neue Zollsätze festgesetzt werden.
- Die Zollermäßigungen für in Polen nicht erzeugte Waren; diese Maßnahme behält ihre Gültigkeit bis zum 30. März 1932.
- Die Verordnung sieht bei Ausfuhr von Textilfabrikaten Zollrückvergütungen für die bei ihrer Erzeugung verwendeten, aus dem Auslande eingeführten Rohstoffe vor, und zwar für Spinnwaren, Farbstoffe und Chemikalien. Diese letzte Maßnahme behält ihre Gültigkeit bis zum Widerruf.

Sämtliche Maßnahmen gelangen ab 1. Januar 1932 zur Durchführung.

Die neuen Zollmaßnahmen werden u. a. Zollerhöhungen, Zollermäßigungen, Ausführprämien, namentlich für Textilwaren, und Einfuhrverbote für über 70 Haupt- und 200 Unterpositionen des polnischen Zolltarifs umfassen und in der Hauptsache solche Artikel betreffen, die aus der Tschechoslowakei, England und Frankreich eingeführt werden. Eine Reihe dieser Einfuhrverbote sind Deutschland gegenüber bereits in Anwendung gebracht worden. Nichtsdestoweniger wird jetzt die Einfuhr zahlreicher Artikel aus Deutschland verboten, so von Nähmaschinen, Garnen, Textilgeweben, Elektroartikeln, Isolationsmaterial, Radioartikeln, mit Ausnahme von Radiolampen, Kartoffelmehl, Stärke, Maismehl, Werkzeugen und Apparaturen.

Durch die letzten schweizerischen Zollerhöhungen für Butter wird die polnische Butterausfuhr nach der Schweiz erheblich betroffen, zumal die Schweiz nach Deutschland und England als größter Abnehmer für polnische Butter in Betracht kommt.

### Zollerhöhung für Früchte und Gemüse

London, 30. Dezember.

Das Landwirtschaftsministerium hat eine Zollverordnung herausgegeben, wonach vom 5. Januar ab gewisse frische Früchte, frische Gemüse und neue Kartoffeln sowie Blumen mit einem recht hohen Zoll belegt werden, der bei den einzelnen Positionen verschieden ist.

### Skandinavien-Konferenz

Oslo, 29. Dezember.

Wie verlautet, wird am 6. Januar 1932 eine Konferenz der Außenminister Schwedens, Norwegens und Dänemarks in Kopenhagen stattfinden, die sich mit den drei Ländern besonders interessierenden Valuta- und handelspolitischen Fragen befassen wird.

### Ein tschechisches Dementi

Bukarest, 29. Dezember.

Der hiesige tschechoslowakische Gesandte dementiert kategorisch die angeblich geplanten Zollunionsverhandlungen der Tschechoslowakei mit Ungarn und Oesterreich, die er, wie alle anderen ähnlich gearteten Pläne, als unrealisierbar bezeichnet. Außerdem unterstreicht der Gesandte, daß die Tschechoslowakei an der Kleinen Entente festhalten werde.

### Auch Griechenland will kontingentieren

Athen, 29. Dezember.

Außenminister Michalakopoulos äußerte sich vor der Auslandspresse sehr abfällig über die vielen internationalen Konferenzen. Es würden zwar immer sehr schöne Beschlüsse gefaßt, aber zu Hause mache jeder das Gegenteil. Die Mißerfolge der Konferenzen seien an zahlreichen Beispielen zu erkennen, so an der Errichtung neuer Zollmauern, an dem

Moratorium Ungarns usw. Was die beiden kommenden Konferenzen angehe, so sei eine Verständigung durchaus möglich, es sei jedoch wesentlich, daß man die Verständigung auch wolle. Die heutige Krise sei auch eine Vertrauenskrise, und ohne Vertrauen zueinander seien alle Konferenzen zum Scheitern verurteilt. Griechenland verlange Beschlüsse, die ihm den Ausgleich seines Haushalts unter Kontingentierung seiner Einfuhr gestatteten.

## Wegeunfälle

Bei eigenem Verschulden keine Rente mehr...

Schwere Kämpfe hat es gekostet, bis endlich im Jahre 1925 auch der Weg von und zur Arbeitsstätte mit in die Unfallversicherung aufgenommen wurde. In der heutigen Zeit mit ihren immer mehr zunehmenden Verkehrsgefahren ist die Versicherung des Weges von und zur Arbeit für jeden Arbeiter von allergrößter Wichtigkeit. Diese Versicherung des Weges von und zur Arbeit ist den Unternehmern von jeher ein Dorn im Auge gewesen. Sie verlangten deshalb immer und immer wieder, daß diese Bestimmung aus der Reichsversicherungsordnung entfernt wird. Nun ist ein Teil von diesen Forderungen in der 4. Notverordnung verwirklicht worden. In dieser neuen Notverordnung wird bestimmt, daß für Unfälle auf dem Wege von und zur Arbeit dann, wenn ein Verschulden des Versicherten vorliegt, die Rente ganz oder teilweise abgelehnt werden kann.

Das bedeutet in der Praxis, daß die Berufsgenossenschaften für die meisten Wegeunfälle in Zukunft die Rente ablehnen wird.

Zwar ist es bei Wegeunfällen, die zumeist aus Verkehrsunfällen bestehen, sehr schwer, ein Verschulden festzustellen. Die Berufsgenossenschaften werden natürlich immer ein Verschulden des Versicherten feststellen, so daß er dann den Beweis dafür erbringen muß, daß er den Unfall nicht verschuldet hat. Der Verletzte oder die Witwen und Waisen werden unter solchen Umständen jahrelang vor allen Instanzen bis einschließlich des Reichsversicherungsamts klagen müssen, um in den Besitz der Rente kommen zu können, und in vielen Fällen wird es nicht gelingen, den Rentenanspruch durchzusetzen, weil man nicht die ausreichenden Beweise dafür erbringen kann, daß der Verletzte bzw. Tote an dem Unfall unschuldig war, da oft genug Zeugen des Unfalls fehlen werden.

Im ganzen ist diese neue Bestimmung über die Wegeunfälle eine ungeheure Verschlechterung der Unfallgesetzgebung, die auch den gesunden Arbeiter angeht, weil jedem ein derartiger Unfall auf dem Wege von und zur Arbeit, wenn er noch in Arbeit steht, täglich passieren kann. Deshalb muß der Kampf gegen diese ungeheure Verschlechterung von der gesamten Arbeiterschaft in ihrem eigenen Interesse mit aller Energie und Schärfe geführt werden. M. B.

# Der rasende Imperialismus

Zwei chinesische Städte besetzt

TU. Tokio, 29. Dezember.

Ein japanisches Flugzeug-Geschwader bombardierte am Dienstag chinesische Truppen bei Panschan. Im Laufe des Tages rückten japanische Truppen gegen die chinesischen Stellungen vor und schlugen die Chinesen nach längeren schweren Kämpfen in die Flucht. Die Japaner rückten darauf in Panschan ein und besetzten die Stadt.

Eine andere japanische Truppenabteilung besetzte am Dienstagnachmittag die Stadt Hsinmin, ohne daß es zu größeren Zusammenstößen kam. Der japanische Vormarsch auf Kintschau wird fortgesetzt.

### Tschintschau wird geräumt

Peking, 29. Dezember

Tschanghsuellaug befahl den chinesischen Truppen in Tschintschau und Umgebung, sich hinter die Große Mauer zurückzuziehen, um so „den Japanern jeden Vorwand zu nehmen, den Krieg nach Nordchina auszu dehnen“. Die Räumung hat bereits begonnen und soll so schnell wie möglich durchgeführt werden.

### Ankündigung neuer Ereignisse

Genf, 29. Dezember

Die japanische Note vom 27. Dezember an die Regierungen Englands, Frankreichs und Amerikas ist am Dienstag auch dem Völkerbund zugestellt und hier veröffentlicht worden. Es handelt sich um eine 2000 Worte umfassende Urkunde, die eine grundsätzliche Rechtfertigung der japanischen Politik in der Mandchurei darstellt und wohl als

Ankündigung neuer Ereignisse

aufzufassen ist. Die bisherigen Aktionen gegen die „Banditen“ in der Mandchurei hätten nicht den notwendigen Erfolg gehabt; wenn die japanische Armee zu einem entsprechenden Ergebnis kommen wolle, so müsse sie bis zu jenem Punkt westlich des Flusses Liao vorrücken, wo die „Banditen“ ihre Operationsbasis hätten. Die japanischen Truppen hätten stets im Einklang mit den Beschlüssen des Völkerbundes jeden Zusammenstoß mit den regulären chinesischen Truppen vermieden, aber die Haltung der Militärbehörden von Kintschau mache jede Unterscheidung zwischen den Banditen und den chinesischen Truppen unmöglich, so daß die Verantwortlichkeit für die Folgen jeder Intervention, zu der die japanische Armee zum Zweck ihrer Verteidigung gezwungen sein könnte, gänzlich den Chinesen zufalle. Die öffentliche Meinung der Welt werde die Geduld der japanischen Regierung und ihren Wunsch, die internationalen Verpflichtungen genau zu erfüllen, sicherlich anerkennen (???)

### Exterritorialrechte bleiben

London, 29. Dezember

Die chinesische Regierung hat, wie verlautet, mitgeteilt, daß sie ihren Beschluß vom 4. Mai 1931, die Exterritorialitätsrechte ab 1. Januar 1932 aufzuheben, abgeändert hat. Sie hat sich angeblich bereiterklärt, den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verfügung zu verschieben. Infolgedessen erübrigt sich zunächst weitere diplomatische Schritte Englands in dieser Frage.

### Chinas neues Kabinett

Nanking, 30. Dezember.

Die Ministerliste des neuen chinesischen Kabinetts ist wie folgt ergänzt worden: Außenminister: Dr. Eugen Tschan (Kantoneser); Krieg: General Hoying Sching; Finanzen: Huan Hanliang; Industrie: Tschan Kungpo (Kantoneser); Erziehung: Tschun Hiahu; Marine: Admiral Yang Schuchwang; Verkehr: Tschan Mingshu; Justiz: Lo Wenkan; Eisenbahn: Yeh Kungtscho.

### Eine chinesische Gegenregierung?

TU. Peking, 30. Dezember.

Nach einer amtlichen Meldung ist zwischen General Feng und Marschall Jehnsichan ein Abkommen über ein gemeinsames Vorgehen gegen die Nanking-Regierung getroffen worden. In einem Aufruf weisen die beiden Generäle darauf hin, daß es die Nanking-Regierung nicht verstanden habe, den Kampf gegen Japan zu führen und daß sie deshalb eine neue Regierung bilden würden.

### Feng propagiert Volkskrieg

Moskau (über Kowno), 30. Dezember.

Nach einer Meldung aus Peking erklärte der sogenannte Christengeneral Feng, man müsse sämtliche Kräfte mobil machen, um dem japanischen Vormarsch Widerstand zu leisten. Nur durch einen Volkskrieg gegen Japan könne die Lage geklärt werden. Er werde einen Aufruf für den Volkskrieg gegen Japan erlassen.

# Arbeit für den Preiskommissar

Berlin, 30. Dezember.

Es muß überall größte Verwunderung erregen, daß an der Spitze derjenigen Betriebe, die sich einem wirklich im Massenhaushalt fühlbar werdenden Preisabbau mit aller Zähigkeit entgegenstemmen, just die Unternehmungen des Reiches marschieren. Das gilt vor allem von Reichsbahn und Reichspost. Die Reichsbahn hat zwar am 16. Dezember Tarifsenkungen in Kraft treten lassen, aber nur für die Gütertransporte. Soll die Tarifsenkung jedoch auch den Massen etwas bringen, dann ist es gebieterische Notwendigkeit mit dem Abbau auch an die Personentarife heranzugehen. In dieser Beziehung hat die Reichsbahn außer der Einräumung einiger Vergünstigungen noch nichts unternommen, und bisher verlautet auch nicht, daß Schritte in der angedeuteten Richtung erwogen werden.

Wie wäre es, wenn der Preiskommissar, ehe er selbst abgebaut wird, auch hier einmal an den Abbau herangeht? Abgesehen davon, daß eine Regierung, die Preisabbau verordnet, in den ihr selbst nahestehenden Betrieben mit gutem Beispiel vorzugehen müßte, würde eine Senkung der Reichsbahn-Personentarife greifbarere Erfolge in Aussicht stellen als die Verhandlungen über die Senkung der Handelsspannen. Am Gesamtpreis macht eine Senkung dieser schon darum nicht allzuviel aus, weil der Handel unter

dem Druck der Krise bereits weitgehend gezwungen ist, seine Zwischenverdienste zu schmälern. Der Beweis hierfür ist kürzlich in einer kleineren Stadt erbracht worden. Dort haben die Händler, nachdem die Arbeiter-Organisationen bei ihnen vorstellig geworden sind, ohne ein Eingreifen des Preiskommissars abzuwarten, die Preise freiwillig gesenkt und zwar weitgehender, als es Goerdeler bisher selbst im günstigsten Fall gelungen ist.

Des Rätaels Lösung? Fleischer-Milch-, Spezereiwarenhandl. usw. hatten angesichts der herrschenden Dauerarbeitslosigkeit breiter Bevölkerungsschichten dieser Stadt lediglich die Wahl, entweder ihre Läden zu schließen oder aber auf einen Teil ihrer bisherigen Verdienste zu verzichten.

Es leuchtet jedoch ein, daß dem Preisabbau, wenn der Druck auf den Handel beschränkt bleibt, im allgemeinen sehr enge Grenzen gesteckt sind und daß der Preisabbau schon darum, soll er am Herd der Hausfrau wirklich wirksam werden, bis an den Herd der Produktion selbst vorgetragen werden muß. Das wäre die eigentliche Aufgabe Goerdelers. Bisher ist er ihr jedoch konsequent ausgewichen. Offenbar ist ihm das Feuer in diesem Bezirk zu heiß, was freilich nicht überraschen kann, wenn man feststellen muß, daß der Preiskommissar sich nicht einmal an die Reichsbetriebe heranwagt.

Neben der Reichsbahn müßte sich der Preisabbaukommissar auch einmal der Reichspost annehmen. Entgegen anfänglichen Ankündigungen hat diese erklärt, nur dann in einen Preisabbau einzuwilligen, wenn sie im vollen Genuß der durch den diktierten Lohn- und Gehaltsabbau freiwerdenden Mittel bleibt. Inzwischen ist dieser Widerstand gebrochen, aber doch nicht so, daß nun ein merklicher Gebührenabbau zu erwarten wäre. Zwar ist geplant, diese da und dort zu senken, aber diese Erleichterungen kämen nur dem Geschäftsverkehr zugute. Eine Ausnahme bilden die Postkarten im inländischen Fernverkehr, für die der Tarif jetzt von 8 auf 7 Pfennig gesenkt werden soll. Diese Maßnahme ist

gänzlich ungenügend.

Nicht nur war eine viel größere Senkung des Postkartentarifs geboten, sondern vor allem war auch eine Herabsetzung der Brief-, Telefon- und Telegrammgebühren fällig. Es ist auch kein Trost, daß diese Ausgaben im Massenhaushalt nicht sehr ins Gewicht fallen. Entscheidend wäre die psychologische und moralische Wirkung. Die Produzenten hätten sich öffentlich ins Unrecht gesetzt, wenn sie auch jetzt noch mit einem fühlbaren Preisabbau gezögert hätten. Das Verhalten von Reichsbahn und Reichspost — das ist die unausbleibliche fatale Wirkung — bestärken dagegen das Unternehmertum in seinem Widerstand.

## Der „eleganteste SPD-Mann“ berichtet

Wir erhalten folgende Zuschrift:

„In der Dienstagnummer der „SAZ“ (vom 22. Dezember) veröffentlichten Sie unter den Ueberschriften: „Frohe Botschaft für die Erwerbslosen — Frau Scheidemann gewinnt ein Auto“, eine illustrierte Mitteilung, die zu berichtigen ich Sie hiermit auffordere:

1. daß meine Frau gelegentlich eines Festes des Deutschen Reichs-Autoklubs ein Auto gewonnen haben soll, ist un wahr;
2. wahr ist, daß meine Frau vor mehr als fünfzehn Jahren gestorben ist;
3. weder ich, noch irgend ein Mitglied meiner Familie hat an dem von Ihnen besprochenen Fest teilgenommen.

Ph. Scheidemann.“

Wir bemerken dazu ausdrücklich, daß wir die Bilder der „republikanischen“ Zeitschrift „Automobil“ entnommen haben; dort hieß es, daß „Frau Scheidemann“ den ersten Preis der Tombola zugunsten erwerbsloser Chauffeurs gewonnen habe: ein elegantes Auto. Es mag nunmehr dem ehemaligen Reichs-Ministerpräsidenten überlassen bleiben, sich mit den schwarz-rot-goldenen Automobiljüngern auseinanderzusetzen.

## Kartellkontrolle in der Tschechoslowakei

Prag, 29. Dezember.

Nach einem vom Justizministerium dem interministeriellen Verfahren übergebenen Gesetzentwurf werden die Kartelle und Privatmonopole einer besonderen Aufsicht unterworfen. Mit der Ausübung derselben wird eine sogenannte „Staatliche Wirtschaftskommission“ betraut werden, die aus 18 von der Regierung ernannten Mitgliedern zusammengesetzt ist und in der die beteiligten Ministerien, die Konsumentenkreise sowie die Gewerkschaften der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreise vertreten sein werden. Die Kommission hat darüber zu wachen, daß die freie Konkurrenz nicht in unbegründeter Weise zum Nachteil der öffentlichen Interessen beschränkt oder ausgeschlossen wird, und ist berechtigt, in die Verhältnisse der Kartelle und Privatmonopole einzugreifen und Maßnahmen zu treffen. Die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs sind mit Strafsanktionen ausgestattet.

## Gehaltsabbau in Lettland

Einführung einer Krisensteuer

WTB. Riga, 29. Dezember.

Zur Deckung des Fehlbetrages des laufenden Budgetjahres beschloß der Landtag heute eine außerordentliche Krisensteuer in Gestalt eines fünfprozentigen Zuschlags zur Einkommensteuer und zur städtischen Immobiliensteuer, ferner eine Kürzung der Beamtengehälter um 3 bis 20 Prozent. Die Einführung einer Umsatzsteuer ist vorgesehen. Das Parlament nahm eine Entschließung an, in der es die Regierung beauftragt, alle in Auslandsbanken deponierten Kapitalien lettischer Staatsangehöriger zu registrieren und mit einer zehnprozentigen Krisensteuer zu belasten. Die Verheimlichung solcher Kapitalien soll mit Konfiskation geahndet werden. Wer verheimlichte Auslandsguthaben anzeigt, soll zehn Prozent davon als Belohnung erhalten.

## König auf Kreditsuche

TU. Belgrad, 29. Dezember

König Alexander ist am Dienstag von Paris wieder nach Belgrad zurückgekehrt. Zum Abschied hatten sich in Paris u. a. auch die Prinzen Sixtus und Xaver von Bourbon-Parma eingefunden.

In Belgrader Finanzkreisen beurteilt man die Aussichten der südslawischen Anleihebestrebungen in Paris günstig.

## Quo vadis, Austria?

Auf den Spuren Ungarns — Hilferuf an die BIZ

„Falls die BIZ diesmal wieder zu einer Ablehnung kommen sollte, ist es unerfindlich, wie die Nationalversammlung ihre Politik weiter verfolgen soll.“ — das ist das Urteil, das der Wiener Korrespondent eines bürgerlichen Berliner Blattes über die Lage in Oesterreich abgibt. Er zeigt die ganzen Gefahren, vor denen Oesterreich unmittelbar steht und für die vor allem die trostlose Verfassung der österreichischen Nationalbank ein sinnfälliger Ausdruck ist. Der Bestand an Wechseln ist in rasendem Steigen begriffen, während gleichzeitig die Devisen trotz weitestgehender Einschränkung der Einfuhr ständig zurückgehen. Man fürchtet darum allenthalben, daß Oesterreich denselben Weg gehen wird wie Ungarn und ein Moratorium für Auslandszahlungen verkünden muß, was eine neue internationale Erschütterung zur Folge hätte. Die einzige Hoffnung, an die sich Oesterreich im Augenblick noch klammert, ist eine Hilfe der Bank für Internationale Zahlungen. Entsprechende Schritte sind bereits eingeleitet und schon in den ersten Januartagen soll in Basel hierüber verhandelt werden. Beansprucht wird ein Kredit

von 60 Millionen Schilling, wobei Oesterreich die Bereitschaft erklärt hat, für einen solchen Kredit

einen Teil seines Goldschatzes zu verpfänden.

Bricht auch diese letzte Hoffnung, dann ist nicht einzusehen, wie es Oesterreich fertigmachen soll, sich selber vor dem Zusammenbruch zu bewahren.

★

## Entlassungen bei der Tabakregie

Wien, 30. Dezember.

Wie das „Neue Wiener Tageblatt“ meldet, werden infolge stark verminderten Zigarrenverbrauchs mit Beginn des neuen Jahres nach einem Uebereinkommen zwischen der Generaldirektion der Tabakregie und den gewerkschaftlichen Organisationen von 7000 Arbeitern rund 1200 abgebaut. Außerdem wird die 40-Stunden-Woche bei gleichzeitiger Herabsetzung der Löhne um 8 Prozent eingeführt,

## Wer darf kündigen?

Im „Reichsanzeiger“ erscheinen nunmehr die Ausführungsbestimmungen des Reichsjustizministers zu den Vorschriften der Notverordnung über die Mietkündigung, die teilweise eine weitgehende Korrektur dieser selbst bedeuten.

Während beispielsweise die Notverordnung besagt, daß die Kündigung ausgeschlossen ist, „wenn der Vermieter auf Wunsch des Mieters besondere kostspielige bauliche Arbeiten vorgenommen hat“, nehmen die Ausführungsbestimmungen von dem Kündigungsrecht allgemein alle Fälle aus, wo der Vermieter das Haus oder die Räume nach den Wünschen des Mieters errichtet hat. Der Mieter kann also nicht kündigen, wenn das ganze Miethaus nach seinen speziellen Wünschen erbaut oder wenn der Vermieter Anbauten (z. B. Erker) vorgenommen, Dachgeschosse eingebaut, eine Garage auf dem Grundstück errichtet hat und dergleichen, ferner wenn er z. B. auf Verlangen des Mieters eine Zentralheizung eingebaut hat usw.

Umgekehrt kann der Mieter, der selbst bauliche Veränderungen vorgenommen hat, wohl kündigen, muß aber auf Verlangen des Vermieters den früheren Zustand wieder herstellen, was allen Schikane Tür und Tor öffnet. In den Ausführungsbestimmungen wird selbst gesagt, daß diese Vorschrift Mieter unter Umständen hart treffen kann, die bereits gekündigt haben und sich außerstande sehen, die Umbauten auf ihre Kosten vorzunehmen. Mit Rücksicht hierauf sehen die Durchführungsbestimmungen für solche Fälle ein Widerrufsrecht für den Mieter vor; der Widerruf muß schriftlich erfolgen und dem Vermieter bis zum 5. Januar 1932 zugehen. Das Widerrufsrecht besteht nur dann nicht, wenn die Gebäude oder Räume zwischen Kündigung und Widerruf anderweit vermietet sind.

Besondere Vorschriften werden für Mietverträge getroffen, bei denen der Mieter Baukostenzuschüsse, Baudarlehen, Mietvorauszahlungen und dergleichen gegeben hat. Hier ist zu unterscheiden, ob diese Leistungen nach dem Vertrag „abgewohnt“ oder ganz oder teilweise zurückgezahlt werden sollten. Soweit sie „abgewohnt“ werden sollten, findet eine Rückgewähr nicht statt. Soweit sie zurückgezahlt werden sollten, sind sie, soweit nicht vertraglich feste Rückzahlungstermine vorgesehen waren, erst in dem Zeitpunkt zurückzahlen, zu dem das Mietverhältnis nach dem Vertrag gekündigt werden könnte oder anderweitig beendet werden würde. Kautionen, die zu hinterlegen waren, sind dem Mieter schon am 1. April 1932 zurückzugeben. Auch hier werden manche Mieter bei der Kündigung davon ausgegangen sein, daß sie diese Beträge alsbald nach dem Verlassen der Mieträume zurückerhalten. Soweit dies nach dem Gesagten nicht der Fall ist, sollen sie befugt sein, bis zum 5. Januar 1932 ihre Kündigung schriftlich zu widerrufen.

Bekanntlich ist die Kündigung ausgeschlossen, wenn Vermieter und Mieter sich im Lauf des Jahres 1931 auf mindestens 20 Prozent Ermäßigung geeinigt haben oder noch einigen. Es genügt also nicht, daß der Vermieter jetzt einseitig diese Ermäßigung von sich aus anbietet. Eine Ermäßigung, die einem früheren Mieter gewährt ist, schließt das Kündigungsrecht nur aus, wenn der Mieter als Erbe oder im Zusammenhang mit der Uebernahme eines Vermögens oder dem Erwerb eines Handelsgeschäfts in den Mietvertrag eingetreten ist. Besondere Vorschriften sind für sogenannte Staffelmieten vorgesehen, das heißt für den Fall, daß für die einzelnen Vertragsseiten eine verschiedene Miethöhe vereinbart war.

Die Kündigungsvorschriften gelten auch für Untermieter, Pächter und Unterpächter; sie werden jedoch ausgeschlossen, wenn ein ganzes wirtschaftliches Unternehmen ver-

pachtet und dabei auch der Gebrauch von Gebäuden oder Räumen überlassen ist, und wenn sich hierbei die Ueberlassung des Unternehmens als Hauptleistung des Verpächters darstellt. Letzteres soll regelmäßig angenommen werden, wenn der Pächter befugt ist, die Firma des Verpächters fortzuführen.

Zur Behebung von Zweifeln sei darauf hingewiesen, daß das Kündigungsrecht dem Mieter nicht zusteht, wenn er seit dem 15. Juli 1931 ohnedies die Möglichkeit gehabt hätte, zu kündigen, wie z. B., wenn der Vertrag vorsieht, daß am 1. Oktober zum 1. Dezember gekündigt werden kann, und er von diesem Kündigungsrecht keinen Gebrauch gemacht hat.

## Wie stehts um die Reichsbank?

Nicht 25,6, sondern nur 11,7 Prozent Deckung

Unter den vielen Besorgnissen, die aus dem Basler Sachverständigenbericht sprechen, gelten nicht die nebensächlichsten der Lage der deutschen Reichsbank. Dazu berechtigt nicht zuletzt die Tatsache, daß allein in den Monaten Juni und Juli dieses Jahres der Gold- und Devisenbestand der Reichsbank von 2576 auf 1610 Millionen Mark zusammengeschrumpft ist. Seitdem hat sich die Senkung erheblich fortgesetzt. Mitte Dezember verfügte die Reichsbank noch über ganze 1161 Millionen Mark an Gold und Devisen, von denen sie jedoch mehr als die Hälfte — nämlich 630 Millionen Mark — für Rediskontkredite schuldet, die durch die BIZ und die Zentralbanken an die Reichsbank und durch eine amerikanische Bankengruppe an die Golddiskontbank gewährt worden sind. Berücksichtigt man diese Verpflichtungen, dann ist das Deckungsverhältnis nicht, wie die Reichsbankausweise es erscheinen lassen, rund 25, sondern nur 11—12 Prozent, was immerhin einen Unterschied bedeutet.

Der Basler Bericht begnügt sich indessen nicht damit, diese Tatsache besonders zu betonen, sondern macht darüber hinaus auch noch einige andere bemerkenswerte Feststellungen. So wird von dem Notenumlauf, der im laufenden Jahre bekanntlich von 4,3 auf 4,6 Milliarden Mark gestiegen ist, erklärt, daß er „angesichts der verringerten Wirtschaftstätigkeit im letzten Jahre und angesichts gewisser Maßnahmen zur Verknappung des Geldumlaufs

als hoch anzusprechen“

sei. Ein anderes, nicht nebensächliches Moment, auf das der Bericht verweist, ist die Ausdehnung der eigenen Kreditgewährung der Reichsbank. Der Bericht bezeichnet diese als „beträchtlich“ und schließt diesen Teil seiner Betrachtungen mit der zwar zurückhaltenden, aber darum doch vielsagenden Bemerkung: „Unter diesen Umständen möchten wir davon absehen, uns über die Zweckmäßigkeit der letzten Herabsetzung des Reichsdiskontsatzes zu äußern.“

Es ist wohl nicht möglich, die Kritik und Warnung zu überhören, die aus diesem Satze spricht.

## Ein Willkürakt wird aufgehoben

Eutin, 29. Dezember.

Die oldenburgische Regierung hat angeordnet, daß das Lokal des Reichsbanners, das durch Verfügung der Polizeibehörde geschlossen war, mit Wirkung vom 30. d. M. wieder geöffnet werden kann. Die endgültige Entscheidung über die Beschwerde des Besitzers gegen die Schließung hat das Ministerium sich vorbehalten.

## Erstes Aufräumen unter den Bausparkassen

Zu den vielen Gebilden recht zweifelhafter Natur, die in den letzten Jahren in Deutschland entstanden sind, gehören auch die sogenannten Bausparkassen. Obwohl die Mißstände vieler dieser Unternehmungen längst zum Himmel schrien, hat sich das Reich erst vor kurzem bemüht, diese einer schärferen Kontrolle zu unterstellen und entsprechende Vorschriften zu erlassen, die nach der Meinung sehr kompetenter Personen noch viel zu viel Maschen zum Durchschlüpfen aufweisen. Auch die Aufsicht wird noch bei weitem nicht mit der gebotenen Strenge geführt. Immerhin haben jetzt einige Bausparkassen, wie die folgende Meldung zeigt, ihre Existenz einstellen müssen.

Berlin, 28. Dezember.

Das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung hat folgenden Bausparkassen den Geschäftsbetrieb untersagt: a) „Eigenscholle“ Siedlungs- und Bauspar-G.m.b.H. Tharandt, b) Dresdener Spar- und Kredit-Gemeinschaft Bausparkasse A.G. Dresden, c) Hypotheken- und Bau-Kredit-Gen. „Hybag“ e.G.m.b.H. Dresden, d) „Bavaria“ Selbsthilfe Bauspar-G.m.b.H. Augsburg, e) Stuttgarter Bausparkasse Ges.m.b.H., Stuttgart, f) „Quelle“, Allgemeine Zwecksparkasse Ges.m.b.H. in Stuttgart.

Der Senat hat ferner bei den nachstehenden Kassen Antrag auf Konkurseröffnung gestellt: a) Bau- und Siedlungssparkasse „Deutsche Heimat“ G.m.b.H. Berlin, b) Wirtschaftshilfe A.G. für Verwaltung und Finanzierung in Frankfurt a. M., c) „Deutscher Baubund“ e.G.m.b.H. in Magdeburg, d) Nürnberger Bausparkasse G.m.b.H. in Frankfurt a. M., e) Baugesellschaft „Carolus“ G.m.b.H. in Frankfurt a. M.

Der Firma „Die Basis“ Bau und Zwecksparkasse G.m.b.H. in Nürnberg ist die Genehmigung erteilt worden, ihren Betrieb bis zur Entscheidung über den von ihr gestellten Antrag auf Erlaubnis des Geschäftsbetriebes fortzusetzen. Entsprechende Anträge der Firmen: „Bayern“ Bausparkasse Aktiengesellschaft in Nürnberg und „Augustana“, Bauspar- und Hypothekentilgungskasse G.m.b.H., Augsburg, sind abschlägig beschieden worden.